



Fast täglich neue Umfragen Die Ergebnisse teils besorgniserregend



Seite 4:
Beim LBV nachgefragt:
aktuelle Bearbeitungszeit
von Beihilfeanträgen

Seite 8:
Reform der Pflege-
versicherung: Mehrheit
für Vollversicherung, doch
einiges spricht dagegen

BBW-Seite 4:
BBW-Chef: jetzt
Reallohnverluste
ausgleichen



Seniorenverband öffentlicher Dienst BW

Der Seniorenverband öffentlicher Dienst Baden-Württemberg ist der Zusammenschluss von Pensionären und Rentnern aus dem gesamten öffentlichen Dienst und deren Hinterbliebenen einschließlich seiner privaten Bereiche. Mit über 20 000 Mitgliedern sind wir Ihre starke Interessenvertretung in Baden-Württemberg.

Eingebunden in die Organisationen von BBW Beamtenbund Tarifunion und dbb beamtenbund und tarifunion, setzen wir uns ausschließlich für die Belange der Pensionäre, Rentner und deren Hinterbliebenen in Politik und Öffentlichkeit ein. Alle Entscheidungen, die die Pensionäre und ihre Hinterbliebenen betreffen, werden nach der Föderalismusreform vom Land Baden-Württemberg selbst beschlossen.

Wir sind Ihr kompetenter Partner bei allen beamten-, versorgungs-, beihilfe-, rentenversicherungs-, krankenversicherungs-, pflegeversicherungs- und schwerbehindertenrechtlichen Fragen. In rund 70 Orts- und Kreisverbänden bieten wir Ihnen informative Vorträge, gesellige Veranstaltungen und auch Ausflüge an.

aktiv – kompetent – stark

Seniorenverband öffentlicher Dienst Baden-Württemberg e. V.
Postfach 10 07 39
70006 Stuttgart
Telefon 07 11 / 26 37 35-0 – Telefax 07 11 / 26 37 35-22
Internet: www.senioren-oed-bw.de
E-Mail: info@senioren-oed-bw.de

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

es tut sich was in Deutschland und in Baden-Württemberg. Fast täglich neue Umfragen, deren Ergebnisse hier und da bedenklich bis besorgniserregend sind.

In einer repräsentativen Umfrage zum öffentlichen Dienst stellt das Meinungsforschungsinstitut forsa im Auftrag vom dbb beamtenbund und tarifunion fest, dass sage und schreiben 69 Prozent aller Befragten der Überzeugung sind, dass der Staat angesichts der Fülle seiner Aufgaben und Probleme überfordert sei. Wir berichten in dieser Ausgabe des Seniorenmagazins noch ausführlicher hierüber.

Einer ebenfalls aktuellen Studie der Universität Hohenheim zufolge hat fast jeder Fünfte in Deutschland ein rechtspopulistisches Weltbild. Nur noch 47 Prozent der Befragten gaben an, zufrieden zu sein – 2022 waren es noch 57 Prozent. Den Kommunikationswissenschaftlern zufolge drückt dieser Wandel die wachsende Unzufriedenheit mit dem konkreten Handeln der Bundesregierung aus. „Die regierenden Parteien betrügen das Volk“ – dieser Aussage stimmten immerhin 24 Prozent zu. „Politiker und andere Führungspersönlichkeiten sind nur Marionetten dahinterstehender Mächte“ – 25 Prozent Zustimmung. „Die Bevölkerung in Deutsch-



© Andrea Fabry

hausaufenthalt. Kein Wunder, dass 84 Prozent der Befragten eine Krankenhausreform für notwendig erachten. Ob dies Gesundheitsminister Lauterbach freut und ob aktuelle Forderungen nach einer Pflegevollversicherung nun Zustimmung finden, beantworten wir auch in diesem Magazin.

land wird von den Medien systematisch belogen“ – 21 Prozent. Und so weiter, und so weiter!


Wenn an einem Sonntag Ende September im Baden-Württemberg Landtagswahlen gewesen wären, würde laut Infratest dimap die CDU deutlich vor den Grünen in der Wählergunst liegen, dicht gefolgt von der AfD, die auch in Baden-Württemberg mit 20 Prozent einen neuen Rekordwert erreichen würde.

Diese Ergebnisse sollten vor allem die Politik aufrütteln, um endlich wieder auf breiten Konsens zu setzen und nicht noch mehr Bevormundungspolitik zu betreiben. Zusammen mit populistischen Zwischentönen und viel Wahlkampfgeplänkel treibt dies die Menschen immer mehr an die politischen Ränder und gefährdet den inneren Frieden und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Das Meinungsforschungsinstitut forsa hat aktuell auch attestiert: Mehr als jeder vierte Deutsche hat Angst vor einem Kranken-

Lassen Sie sich nicht von so vielen „Meinungsbildern“ verunsichern. Der „gesunde Menschenverstand“ ist keinesfalls nur ein altmodischer Ausdruck, sondern etwas, von dem wir gerne mehr brauchen könnten. In Zeiten, in denen Orientierung und eben der gesunde Menschenverstand immer rarer zu werden scheinen, in denen insbesondere auch Seniorinnen und Senioren häufiger das Gefühl haben, vergessen zu werden, bei politischen Entscheidungen hinten runterzufallen oder infolge eines zunehmenden Digitalisierungswahns auf der Strecke zu bleiben, ist eine Interessenvertretung wie der Seniorenverband wichtiger und sinnvoller denn je.

Nicht nur im Ernstfall stehen wir an Ihrer Seite und geben ganz konkrete Hilfestellung, wenn Sie es brauchen. Grund genug, unsere kollegiale Gemeinschaft zu stärken und dafür auch zu werben.


Joachim Lautensack,
Landesvorsitzender

> Seniorenverband BW

- ▶ Frank Bauer, der zuständige Abteilungsleiter beim LBV, antwortet auf Fragen der Redaktion – Das Thema: Dauer der Beihilfebearbeitung 4
- ▶ Weiterbildungskonzept zur Stärkung digitaler Medienkompetenz 6
- ▶ Auf ein Wort 7
- ▶ Reform der Pflegeversicherung 8
- ▶ dbb Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst 2023: Einschätzungen, Erwartungen und Erfahrungen 10
- ▶ **Aktuelles aus dem BBW Magazin**
- ▶ dbb pocht auf steuerfinanzierte Entgeltersatzleistung für pflegende Angehörige 13
- ▶ Joachim Lautensack übernimmt den Vorsitz der BBW-Landesseniorenvertretung 13
- ▶ Zusammenarbeit zwischen BBBank und Seniorenverband: Das Miteinander erneut besiegelt 16
- ▶ Aus den Verbänden 16
- ▶ Veranstaltungen 21

Impressum:

Zeitschrift des Seniorenverbands öffentlicher Dienst Baden-Württemberg e. V.
Herausgeber: Seniorenverband öffentlicher Dienst Baden-Württemberg e. V. **Schriftleitung:** Seniorenverband öffentlicher Dienst Baden-Württemberg e. V., Landesvorsitzender Joachim Lautensack
Redaktion: Heike Eichmeier. **Fotos:** Seniorenverband BW, MEV, shutterstock. **Titelfoto:** © IM Imagery/stock.adobe.com. **Anschrift und Redaktion:** Seniorenverband öffentlicher Dienst Baden-Württemberg e. V., Im Himmelsberg 18, 70192 Stuttgart. **Telefon:** 0711.2637350. **Telefax:** 0711.263735-22. **Adressänderungen und Kündigungen schriftlich an den Seniorenverband öffentlicher Dienst Baden-Württemberg e. V. E-Mail:** info@senioren-oed-bw.de. **Internet:** www.senioren-oed-bw.de. **Redaktionsschluss:** 10. jeden Monats. Beiträge, die mit vollem Namen des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Schriftleitung wieder. „Seniorenmagazin öffentlicher Dienst Baden-Württemberg“ erscheint sechsmal im Jahr. Für Mitglieder des Seniorenverbands öffentlicher Dienst Baden-Württemberg e. V. ist der Verkaufspreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. Inlandsbezugspreis: Einzelheft 4,20 Euro zzgl. 2,40 Versandkosten, inkl. MwSt.; Jahresabonnement 36,80 Euro zzgl. 14,00 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. Abbestellungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr.
Herausgeber der BBW-Seiten: Landesleitung des BBW – Beamtenbund Tarifunion, Am Hohengehren 12, 70188 Stuttgart. **Telefon:** 0711.16876-0. **Telefax:** 0711.16876-76. **E-Mail:** bbw@bbw.dbb.de. **Internet:** www.bbww.dbb.de. **Schriftleitung:** „BBW Magazin“, Vorsitzender Kai Rosenberger. **Redaktion:** Heike Eichmeier. **Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.726191740. **Anzeigenverkauf:** DBB Verlag GmbH, Mediacyber, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacyber@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 12, gültig ab 1.1.2023. Druckauflage:** Seniorenmagazin 18 500 (IVW 2/2023). **Anzeigenchluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Layout:** Dominik Allartz, FDS, Geldern. **Herstellung:** LN. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern. ISSN 2193-9381



Frank Bauer, der zuständige Abteilungsleiter beim LBV, antwortet auf Fragen der Redaktion

Das Thema: Dauer der Beihilfebearbeitung

Erfreulicherweise erhalten wir beim Seniorenverband öffentlicher Dienst BW von unseren Mitgliedern mittlerweile auch zahlreiche Rückmeldungen über durchaus zügige Bearbeitungszeiten und Kostenerstattungen bei der Beihilfe. Gleichwohl gibt es nach wie vor Beschwerden, wonach Bearbeitungszeiten von bis zu acht Wochen kritisiert werden.

Mit der Amtsleitung und den Verantwortlichen der Beihilfestelle des Landesamtes für Besoldung und Versorgung stehen wir in regelmäßigem und auch gutem Kontakt. Nachdem die Sommerferien nunmehr hinter uns liegen, wollten wir wieder einmal den aktuellen Sachstand erfragen und haben beim Landesamt um Beantwortung der nachfolgenden Fragen gebeten.

Auf die Fragen der Redaktion des Seniorenmagazins antwortete Frank Bauer, Abteilungsleiter der Abteilung 2 (Beihilfe/Heilfürsorge) im LBV wie folgt:

Seniorenmagazin: Wie haben sich das Antragsaufkommen, die Art und Weise der Antragstellung (digital und analog) und die Bearbeitungszeiten bei der Beihilfe in der jüngsten Zeit entwickelt?

Frank Bauer: Der Antragszugang ist unverändert hoch und stellt uns vor Herausforderungen. So sind bei uns dieses Jahr bis zum 31. August 2023 insgesamt

rund 1,4 Millionen Anträge eingegangen, allein im Monat August im Schnitt rund 8 000 Anträge am Tag. Trotz dieses hohen Eingangs und obwohl Schulferien waren, lag die durchschnittliche Bearbeitungszeit im Monat August deutlich unter 20 Arbeitstagen. Inzwischen gehen bei uns rund 65 Prozent aller Anträge elektronisch, das heißt über den Beihilfeantrag Online (BHO) oder die App, ein, der Rest noch in Papierform.

Seniorenmagazin: Welche Maßnahmen haben Sie zur Beschleunigung des Bearbeitungsverfahrens mittlerweile ergriffen?

Frank Bauer: Eine Vielzahl von Maßnahmen haben wir bereits umgesetzt. Dazu gehören freiwillige Samstagsarbeit, die Anordnung von Überstunden und die Umschichtung von Personal. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Beihilfe möchte ich für dieses Engagement und jede einzelne Stunde Zusatzarbeit, die sie im Sinne unserer Kundinnen und Kun-



> Frank Bauer

den leisten, sehr herzlich danken.

Zudem arbeiten wir fortwährend an weiteren Möglichkeiten, um die Antragsbearbeitung zu beschleunigen: So verbessern wir fortlaufend unser System mit dem Ziel einer noch umfassenderen Automatisierungsquote, beispielsweise im Bereich der Prüfung von Heilpraktikerrechnungen. Auch organisatorische Abläufe werden ständig optimiert. So haben wir einen Pilotversuch Abschlagsverfahren bei stationärer Pflege gestartet, welcher bei positiver Auswirkung auf die Bear-

beitungsdauer dauerhaft und flächendeckend beibehalten werden soll.

Seniorenmagazin: Hat die Ferienzeit den Bearbeitungstau vergrößert oder konnten Sie gegensteuern?

Frank Bauer: Trotz einer urlaubsbedingt dezimierten Besetzung – mit teilweise nur der Hälfte des üblicherweise zur Verfügung stehenden Personals – hat sich der Antragsrückstand nicht gleichermaßen stark erhöht: Von Ende Juni auf Ende August 2023 stieg der Antragsrückstand um etwas mehr als zehn Prozent. Zu verdanken haben wir dies den oben erwähnten Maßnahmen und dem großen Engagement des während der Ferien tätigen Personals.

Seniorenmagazin: Wir werden immer wieder gefragt, ob digital gestellte Beihilfeanträge schneller bearbeitet werden und Papieranträge deshalb länger liegen bleiben als für die Digitalisierung notwendig. Sind diese Befürchtungen berechtigt?

Frank Bauer: Diese Befürchtungen sind unbeeinträchtigt. Eine systemseitig beschleunigte Bearbeitung digital eingereicherter Anträge erfolgt nicht. Ein Unterschied besteht aber schon: Es dauert länger, bis in Papierform eingereichte Anträge digital bearbeitet werden können. Dies möchte ich Ihren Mitgliedern gerne erklären und gleichzeitig dafür werben, die Beihilfeanträge möglichst digital über den Beihilfeantrag Online (BHO) im Kundenportal oder per App einzureichen.

Die Digitalisierung eingereicherter Papieranträge dauert in der Regel drei Tage. So muss die eingehende Post geöffnet sowie der Antrag für das Scannen vorbereitet werden. Hierzu gehören unter anderem das Entfernen von Büro- und Heftklammern, Klebezetteln et cetera, sowie das Legen der Anträge in entsprechenden Boxen. Am zweiten Tag werden diese dann gescannt und über Nacht in das System übertragen, sodass diese am dritten Tag zur Weiterverarbeitung zu Verfügung stehen. Sobald die Papieranträge digitalisiert wurden, durchlaufen sie das gleiche Bearbeitungsverfahren wie BHO- und App-Anträge.

Über den BHO im Kundenportal beziehungsweise die Beihilfe-App eingereichte Anträge werden unmittelbar nach ihrem Eingang weiterverarbeitet, ein Zeitverlust durch den Postweg und das Einscannen entfällt. Auch entfällt

für Ihre Mitglieder das Fertigen von Kopien.

Seniorenmagazin: *Die telefonische Erreichbarkeit der Sachbearbeiter wird auch immer wieder kritisiert. Anfragen per E-Mail scheinen schneller beantwortet zu werden. Was können Sie unseren Mitgliedern raten, die leider nicht digital unterwegs sind?*

Frank Bauer: Wir bedauern, dass unsere telefonische Erreichbarkeit gerade weder den Bedürfnissen unserer Kunden und Kundinnen noch unseren eigenen Erwartungen entspricht. Derzeit hat die Antragsbearbeitung Vorrang, sodass auch für die Telefonie vorgesehenes Personal hier eingesetzt wird. Wir haben vor, ab Oktober 2023 den Zeitrahmen, in welchem wir telefonisch zu erreichen sind, wieder zu erhöhen. Allgemein empfiehlt es sich, nicht zu Stoßzeiten wie dem Montagvormittag anzurufen oder aber die Kontaktmöglichkeiten über unser Kundenportal zu nutzen. Wer nicht digital unterwegs ist, darf sich selbstverständlich auch per Briefpost an uns wenden.

Seniorenmagazin: *Gibt es weitere Entwicklungen in Sachen Beihilfebearbeitung, die ihrerseits zur Verbesserung und zur Stabilisierung der Situation angedacht sind? Was sind Ihre nächsten Ziele?*

Frank Bauer: Die sogenannte künstliche Intelligenz (KI), die derzeit in aller Munde ist, haben wir in

der Beihilfebearbeitung bereits seit dem Jahr 2018 im Einsatz. So wird diese im Bereich der Erfassung eingeleiteter Anträge und Belege für die Klassifikation, Extraktion, automatische Validierung und Nachbearbeitung ausgelesener Daten verwendet. Deren Einsatz soll nunmehr ausgebaut und auf den Bereich der Postbearbeitung ausgedehnt werden, erste Gespräche sowie ein Workshop hierzu finden bereits statt.

Seniorenmagazin: *Wir erhalten gelegentlich auch „kreative Vorschläge“ unserer Mitglieder zur Beihilfebearbeitung. Was halten Sie beispielsweise davon, keine einzelnen Belege einzureichen, sondern alle vorhandenen Belege sozusagen auf „einen Rutsch“ einzuscannen und zur Bearbeitung einzureichen?*

Frank Bauer: Es steht jedem Beihilfeberechtigten frei, selbst zu entscheiden, wie viele Belege er seinem Antrag zur Abrechnung beilegt. Eine bestimmte Höchstgrenze gibt es hierbei nicht, wobei ab einer Anzahl von ca. 30 Belegen je Antrag systemseitige Beschränkungen wie ein entsprechend langsames Hochladen der Belege und damit eine verzögerte Bearbeitung auftreten.

Gerade durch die Beihilfe-App wurde die Möglichkeit geschaffen, unkompliziert und ohne viel Aufwand auch nur einen Beleg zur Abrechnung einzureichen. Insofern begrüßen wir die Einreichung auch nur ein-

zelner Belege. Nicht die Anzahl der eingereichten Belege, sondern die geltend gemachte Aufwandsart ist für die Dauer der Bearbeitung ausschlaggebend.

Uns unverändert unterstützen und damit die Bearbeitungsdauer verkürzen können Ihre Mitglieder, indem sie Arztrechnungen, Zahnarztrechnungen und Rezepte getrennt von Belegen über andere Aufwandsarten, wie beispielsweise Heilbehandlungen, Hilfsmittel oder Pflegerechnungen, einreichen. Arztrechnungen, Zahnarztrechnungen und Rezepte können im digitalen Beihilfeprüf- und Abrechnungssystem in großen Teilen automatisiert und damit schneller bearbeitet werden als andere Belege.

Seniorenmagazin: *Wir danken für die Beantwortung unserer Fragen und den Kolleginnen und Kollegen beim LBV für ihre Arbeit und ihr Engagement.* ■

Weiterbildungskonzept zur Stärkung digitaler Medienkompetenz

Mit Digitalkompetenz den Alltag erleichtern

Kompetent mit digitalen Geräten umzugehen, wird oft als selbstverständlich wahrgenommen. Dennoch gibt es viele ältere Menschen, für die der Weg in die digitale Welt voller Hürden ist. Hierbei können ehrenamtliche Begleiterinnen und Begleiter eine große Unterstützung darstellen.

In Stuttgart unterstützen inzwischen rund 100 engagierte Personen als „Digital-Helferinnen und -Helfer“ ältere Menschen bei den ersten Schritten mit Smartphone, Tablet und bei allen weiteren Fragen rund um die digitale Welt. Sie sind wichtige Begleitpersonen beim Abbau von Berührungängsten mit smarten Geräten und beim Aufbau von Medien- und Digitalkompetenz der Seniorinnen und Senioren. Für ihr Engagement erhalten die „Digital-Helfer“ vielfältige Unterstützung seitens des Sozialamts der Stadt Stuttgart, Fachstelle für digitale und soziale Teilhabe im Alter, und der Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg (LFK).

Dr. Alexandra Sußmann, Bürgermeisterin für Soziales und gesellschaftliche Integration der Stadt Stuttgart, sagt: „Mit der Fachstelle für digitale und soziale Teilhabe im Sozialamt sowie mit dem Projekt ‚Digital dabei‘ sind wir frühzeitig wichtige und



richtige Schritte gegangen, um die digitalen Kompetenzen von älteren Menschen zu fördern. Im Stadtgebiet Stuttgart führen wir Seniorinnen und Senioren an inzwischen 28 Digitalstandorten mit vielfältigen Angeboten an die Nutzung digitaler Anwendungen heran.“

Dr. Wolfgang Kreißig, Präsident der Landesanstalt für Kommunikation (LFK), sagt: „Mit unserer App ‚Starthilfe – digital dabei‘ und der im Projekt erarbeiteten Materialsammlung bieten wir eine gute Grundlage für die Vermittlung von Medienkompetenz und unterstützen die Digital-Helferinnen und -Helfer bei ihrer wichtigen Arbeit. Somit können wir in der Kooperation mit der Stadt Stuttgart einen Beitrag zur Nutzung der Medienvielfalt und damit zur gesellschaftlichen Teilhabe leisten.“

Mit der Materialsammlung „Startpaket“ unterstützt

die Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg (LFK) gemeinsam mit der Landeshauptstadt Stuttgart im Rahmen des Kooperationsprojekts „Digital dabei“ Begleiterinnen und Begleiter durch Grundlagenwissen und modulare Unterrichtskonzepte. Basierend auf der kostenlosen Lern-App „Starthilfe – digital dabei“ werden lebensnahe Hilfestellungen aufgezeigt, um durch einen möglichst niedrigschwelligen Zugang zu digitalen Angeboten die digitale Teilhabe älterer Menschen zu erhöhen.

Startpaket Materialplattform – modulares Angebot zur Vermittlung digitaler Kompetenzen

Die Begleitmaterialien zur Lern-App „Starthilfe – digital dabei“ sollen „Digital-Helferinnen und -Helfer“ bei ihrer ehrenamtlichen

Tätigkeit unterstützen. Die aus 25 Bausteinen bestehende Materialsammlung kann modular eingesetzt werden und beinhaltet ausgearbeitete Ablaufpläne für Begleiteinheiten, die sich um die Kernfunktionen und Apps der meistverbreiteten digitalen Endgeräte drehen. Die Bausteine können unter www.starthilfe-begleitung.de kostenlos abgerufen werden und haben je einen thematischen Schwerpunkt, der auf eine Dauer von 30 bis 60 Minuten konzipiert ist. Die Bausteine eignen sich für den Einsatz in Kursen, aber auch für die individuelle Begleitung.

Materialien und Schulungen für Engagierte

Die Fachstelle für digitale und soziale Teilhabe im Alter bietet den „Digital-Helfern“ im Verbund mit Kooperationspartnern auch ein umfassendes Schulungsangebot. Unter anderem wurde gemeinsam mit der LFK im Projekt „Digital dabei“ eine neue und passgenaue Schulungseinheit entwickelt. Zudem ist die umfassende „Startpaket-Materialsammlung“ für „Digital-Helfer“ entstanden, die auf der Lern-App „Starthilfe – digital dabei“ der LFK aufbaut.

Zwei Schulungen, mit insgesamt 25 „Digital-Hel-

fern“, haben im Frühjahr/Sommer 2023 bereits erfolgreich stattgefunden. Zwei weitere Schulungen sind im Herbst/Winter 2023 geplant. In einem kompakten Workshop-Format werden die bürgerschaftlich Engagierten über den Aufbau der Startpaket-Plattform und weitere Themen, wie beispielsweise die Besonderheiten des Lernens im Alter oder die Moderation in Lerngruppen, informiert. Auch die Reflexion der Rolle, Verantwortung und Abgrenzung als Begleiterin und Begleiter ist ein zent-

raler Teil des Workshops. Zudem spielen der Austausch und die Vernetzung mit anderen bürgerschaftlich Engagierten eine wichtige Rolle.

► **Neu: Ausbildung zum „Digital-Trainer“**

Darüber hinaus wird es im Projekt ab Herbst neue Schulungen für „Digital-Trainerinnen und -Trainer“ geben. Diese vermitteln im Tandem Inhalte und Kompetenzen an die „Digital-Helfer“. Die „Digital-Trai-

ner“ können sich im Rahmen der Qualifizierungskurse auf ein buntes und vielseitiges Programm freuen, bei dem auch der gegenseitige Austausch nicht zu kurz kommt. Höhepunkte der Qualifizierung bilden dann ein erstmals von den Teilnehmenden selbstständig durchgeführter Workshop und die Projekt-Abschlussveranstaltung im Dezember.

Wer sich dafür interessiert, als „Digital-Helfer“ mitzuarbeiten, kann sich per E-Mail melden unter dia@stuttgart.de.

Weitere Informationen zum Kooperationsprojekt mit der Landeshauptstadt Stuttgart „Digital dabei“ und zur Startpaket-Materialplattform finden Sie unter www.lfk.de/digital-dabei.

Die Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg (LFK) nimmt eine Vielzahl an unterschiedlichen Aufgaben wahr, alle mit dem Ziel, den Medienstandort Baden-Württemberg zu stärken und den kompetenten Umgang der Bürgerinnen und Bürger mit Medien zu fördern. ■

Auf ein Wort

Mehr als jeder vierte Deutsche hat Angst vor einem Krankenhausaufenthalt. Jeder zweite der vom Meinungsforschungsinstitut forsa Befragten begründete dies mit eigenen, schlechten Erfahrungen. Und dabei wurden im Auftrag einer Krankenkasse „nur“ Menschen zwischen 18 und 70 Jahren repräsentativ befragt. Kein Wunder, dass 84 Prozent der Befragten eine Krankenhausreform für notwendig erachten.

Na ja, da wird sich Gesundheitsminister Karl Lauterbach aber freuen und bestätigt fühlen, denn er plant, die Krankenhauslandschaft – wie er meint effizient und leistungsorientiert – umzukrempeln und in neue Klassen einzuteilen. Glücklicherweise, wer in oder in unmittelbarer Nähe einer Uni-



versitätsklinik lebt und hier orts- oder zeitnah für alle medizinischen Notfälle eine adäquate Versorgung erhalten kann. Dumm vielleicht für die, die auf dem flachen Land wohnen und künftig beim tatsächlich „nächstgelegenen“ Krankenhaus nicht mehr umfassend versorgt werden können. Für betroffene Seniorinnen und Senioren keine wirklich beruhigenden Aussichten für den Fall der Fälle. Es mag durchaus Sinn machen,

dass künftig auf der (auch privaten) elektronischen Krankenkarte der Medikationsplan und die Vorerkrankungen eingetragen und die behandelnden Ärzte auch in Notfällen so einen umfassenden Zugriff auf viele notwendige Gesundheitsdaten haben werden. Und doch fragen sich die Ältesten unter unseren Kolleginnen und Kollegen, wohin diese Digitalisierungsoffensive mit E-Rezepten, E-Patientenkarte oder auch dem Krankenhaus-Transparenzge-

setz, Lauterbachs Qualitätsatlas, noch führen soll.

Es wird wohl sehr viel Geschick und Durchsetzungsvermögen notwendig sein, um unser finanziell marodes Gesundheitssystem wieder auf „gesunde Beine“ zu stellen. Vielleicht werden aber alle Reformabsichten nur zu noch mehr Verunsicherung von Seniorinnen und Senioren führen, weil sie einfach nicht (mehr) digital unterwegs sind? Glücklicherweise, die Kinder oder Anverwandte in ihrer Nähe haben, die hier und da unterstützen können. Glücklicherweise auch diejenigen, die im Ernstfall einen Interessenverband wie den Seniorenverband an ihrer Seite haben, der Hilfestellung geben kann. Grund genug, für unsere kollegiale Gemeinschaft zu werben.

Joachim Lautensack

Reform der Pflegeversicherung

Mehrheit für eine Pflegevollversicherung – es gibt aber auch gute Gründe dagegen

Eine große, parteiübergreifende Mehrheit der Bevölkerung ist für den Ausbau der gesetzlichen Pflegeversicherung zu einer Vollversicherung. Das hat eine repräsentative forsa-Umfrage im Auftrag des Bündnisses für eine solidarische Pflegevollversicherung ergeben.



8

Aktuell

Dabei zeigt sich die deutliche Mehrheit für eine Pflegevollversicherung von 81 Prozent sowohl unter Anhängern und Anhängerinnen der SPD (79 Prozent), der Grünen (82 Prozent), als auch der CDU (78 Prozent) sowie der FDP (76 Prozent).

Das Bündnis für eine solidarische Pflegevollversicherung sieht seine Forderung angesichts der parteiübergreifenden hohen Zustimmungswerte untermauert und fordert die Bundesregierung dazu auf, den Ausbau der Pflegeversicherung jetzt anzugehen. Der PKV-Verband meldet Bedenken an. Eine Pflegevollversicherung vermittele den Eindruck, damit seien alle Kosten rund um die Pflege abgedeckt, was aber nicht zutreffe. Derzeit müssen Pflegebedürftige

im ersten Jahr ihres Aufenthaltes in einem Pflegeheim durchschnittlich rund 2 700 Euro pro Monat selbst aufbringen. Davon entfallen allein auf die pflegerische Versorgung rund 1 250 Euro, der Rest setzt sich zusammen aus Kosten für Unterkunft und Verpflegung sowie Investitionskosten. Nur eine kleine Minderheit von 14 Prozent geht laut Umfrage davon aus, diese Kosten im Pflegefall selbst stemmen zu können. Lediglich sechs Prozent der Befragten halten Zusatzkosten trotz Pflegeversicherung in dieser Höhe für angemessen. Besorgniserregend ist laut dem Bündnis, dass eine große Mehrheit (76 Prozent) deutlich unterschätzt, was sie im Falle von Pflegebedürftigkeit in einem Heim zahlen müssten.

Die repräsentative Umfrage wurde vom 1. August bis 7. August 2023 vom Markt- und Meinungsforschungsinstitut forsa im Auftrag des Bündnisses durchgeführt. Insgesamt wurden 1 010 Personen über 18 Jahre im Rahmen der Mehrthemenumfrage des repräsentativen Online-Befragungspanels forsa.omninet befragt.

Das Bündnis für eine solidarische Pflegevollversicherung setzt sich für eine Pflegeversicherung ein, die alle pflegebedingten Kosten übernimmt – unabhängig davon, ob es sich um stationäre oder ambulante Pflege handelt. Auch die familiäre Pflege dürfe dabei nicht aus dem Blick geraten. Andernfalls drohen Überlastung und Unterversorgung, weil notwendige Leistungen aus

finanziellen Gründen nicht in Anspruch genommen werden: „Sämtliche durch einen unabhängigen pflegerisch-medizinischen Dienst für bedarfsgerecht erachtete Pflegeleistungen müssen in vollem Umfang und ohne Eigenanteile vollständig von den Kassen finanziert werden“, so die gemeinsame Forderung des vom Paritätischen Wohlfahrtsverband und der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di initiierten Bündnisses mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), Deutschen Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK), Sozialverband Deutschland (SoVD), Bundesverband der kommunalen Senioren- und Behinderteneinrichtungen, Deutschen Frauenrat, BIVA-Pflegeschatzbund, der Volkssolidarität und AWO.

► Eine schöne Vorstellung, die unerfüllbare Hoffnungen weckt

Einer Pflegevollversicherung, die alle Pflegekosten deckt und dafür sorgen soll, dass die Pflege nicht in die Altersarmut führt, das klinge zunächst einmal richtig gut, meint man auch beim Seniorenverband. Wer wollte nicht, dass die Solidargemeinschaft alles bezahlt. Klar, dass eine große Mehrheit in einer Umfrage dafür ist, sagt Landeschef Joachim Lautensack. Zugleich weist er aber auch darauf hin, dass ein großer Systemwechsel wahrscheinlich so schnell nicht kommen wird. Zu viele Fragen seien noch ungeklärt. Vermutlich gäbe es auch schon längst eine solche „Vollkasco“-Pflegeversicherung, wenn das so einfach, konsensfähig und vor allem auch bezahlbar wäre.

► Noch kein Grund für großen Jubel und Applaus

Es gab in den vergangenen Jahren schon so viele Kommissionen, Gutachten und Expertenrunden. Meistens blieb es beim guten Willen, bei Ankündigungen sowie beim Drehen an kleinen Stellschrauben, und an guten Vorschlägen herrschte kein wirklicher Mangel, so die Einschätzung des Seniorenverbands.

Zu den Fakten: Die gesetzliche Pflegeversicherung ist 1995 bewusst als Teilabsicherung eingeführt

worden. So hat man sichergestellt, dass im Pflegefall auch Alterseinkünfte und Vermögen eingesetzt werden können. Das mache Sinn, ist man beim Seniorenverband wie auch beim PKV-Verband überzeugt. Schließlich sei bei kaum einem existenziellen Risiko die persönliche Vorsorge so gut planbar wie in der Pflege, etwa durch persönliche Rücklagen oder durch eine Pflegezusatzversicherung. So werde vermieden, dass die Solidargemeinschaft überfordert werde.

Der PKV-Verband nennt noch andere Gründe, die gegen eine Vollversicherung sprechen. Eine solche Vollversicherung bedeute Zusatzlasten für die Beitragszahler, aber keine gezielte Hilfe für ärmere Pflegebedürftige: „Die vermögendste Rentnergeneration aller Zeiten“ erhalte so zusätzliche Leistungen aus der Gießkanne, obwohl die meisten in Eigenverantwortung für ihre Pflegekosten selbst vorsorgen könnten.

Auch die Präsidentin des Deutschen Caritasverbandes, Eva-Maria Welskop-Deffaa, warnte vor einer Überfrachtung der Pflegeversicherung. „Wir brauchen kein Erbenschutzprogramm“, sagte sie.

Es wäre fatal, so der PKV-Verband, mit einer erzwungenen Einheitsversicherung dieses unstabile Umlagesystem auf noch mehr Versicherte auszuweiten. Das würde die jüngeren Generationen völlig über-

lasten. Unabhängig davon wäre eine Pflegevollversicherung schon für sich genommen nicht zielführend. Der Verband der privaten Versicherer befürchtet zudem, dass der Anreiz zur Eigenvorsorge verloren gin-

Überdies weist der PKV-Verband darauf hin, dass eine Pflegevollversicherung vor allem die Oberschicht der Bevölkerung subventionieren würde, denn mit einer von der Solidargemeinschaft fi-



© AdobeStock (2)

ge und der Begriff „Pflegevollversicherung“ suggerieren würde, dass diese sämtliche Kosten im Fall der Pflegebedürftigkeit abdecken würde. Im Pflegeheim – dort, wo das Problem der Finanzierungslücke am größten ist – sei jedoch lediglich die Übernahme der pflegebedingten Eigenanteile gemeint. Das wären im Bundesdurchschnitt derzeit rund 1 200 Euro. Die Kosten für Unterkunft und Pflege sowie die Investitionskosten müssten weiterhin selbst bezahlt werden – immerhin wären das auch noch einmal rund 1 300 Euro. Mit Einführung einer „Pflegevollversicherung“ dürften viele Menschen den falschen Eindruck gewinnen, selbst gar nicht mehr vorsorgen zu müssen – und stünden so im Pflegefall doch wieder vor einer Finanzierungslücke.

nanzierten Vollversicherung würden auch viele Menschen profitieren, die sich aufgrund ihres Vermögens eine gute Pflege heute schon leisten könnten. Letztlich entstünden hohe Kosten für die Gesamtgesellschaft und die öffentlichen Haushalte. Zudem würden auch die Sozialabgaben weiter steigen und die Beitragszahler zusätzlich erheblich belasten.

„Wie auch immer: Gesundheitsminister Karl Lauterbach verspricht Vorschläge für das kommende Jahr und kündigt eine Reform aus einem Guss an. Ein schwieriges Unterfangen, zumal vor allem in der Pflege enormer Fachkräftemangel und Überlastung herrschen. Wir dürfen also gespannt sein“, sagt Seniorenverbandsvorsitzender Joachim Lautensack. ■

dbb Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst 2023

Einschätzungen, Erwartungen und Erfahrungen

Seit 2007 legen das Meinungsforschungsinstitut forsa und der dbb beamtenbund und tarifunion jährlich eine umfassende demoskopische Erhebung zu Kernthemen des öffentlichen Dienstes vor. Auf Grundlage dieser Untersuchungen zeichnen sich längerfristige Veränderungen im Urteil der Bürger über die staatlichen Leistungen und deren Garanten ab. Gleichzeitig können Entwicklungen im Selbstbild der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auf einer soliden Datengrundlage nachgezeichnet werden.

Die jüngste Erhebung fand im Juni 2023 statt. Befragt wurden 2 008 repräsentativ ausgewählte Bürgerinnen und Bürger. Die Auswahl der Befragten erfolgte nach einem systematischen Zufallsverfahren, das sicherstellt, dass die befragten Bürgerinnen und Bürger ein Spiegelbild der Gesamtbevölkerung in Deutschland darstellen. Einige ausgewählte Ergeb-

nisse stellen wir nachfolgend vor.

► **Großer Vertrauensrückgang**

Bereits im vergangenen Jahr wurden die Ergebnisse der dbb Bürgerbefragung zum öffentlichen Dienst sehr stark von dem großen Vertrauensrückgang beeinflusst, der vor allem für die politischen Institutionen auf Bundesebene eingetreten war. Aufgrund des anhaltenden großen Unmuts über das Krisenmanagement der Ampelkoalition vor allem bei der Versorgung mit sicherer und bezahlbarer Energie sowie der Eindämmung der hohen Inflationsrate ist dieser Einfluss auch bei den Ergebnissen der aktuellen Bürgerbefragung öffentlicher Dienst unverändert vorhanden. So halten – nach einem „Corona-Hoch“ in den Jahren 2020 und 2021, als viele Bürgerinnen und Bürger das Gefühl hatten, die Politik

kümmere sich um das, was die Menschen bewegt und besorgt – auch aktuell zwei Drittel der Befragten den Staat in Bezug auf seine Aufgaben und Probleme für überfordert –, insbesondere hinsichtlich der Asyl- und Flüchtlingspolitik, der Schul- und Bildungspolitik sowie des Klima- und Umweltschutzes. 2022 war zudem der Anteil derer, die eine Abnahme der Leistungsfähigkeit des Staates wahrgenommen hatten, im Vergleich zu den Jahren zuvor gestiegen. Dieser Eindruck hat sich auch in den aktuellen Ergebnissen wieder bestätigt.

Dass der Staat angesichts der Fülle seiner Aufgaben und Probleme überfordert sei, meint aktuell mit 69 Prozent eine deutliche Mehrheit der Befragten insgesamt, auch eine Mehrheit in nahezu allen Bevölkerungs- und Wählergruppen.

Trotz vermuteter Überforderung des Staates und ei-

nes Rückgangs des Anteils derer, die den Staat für leistungsfähig halten, glauben die Befragten, dass der Staat an sich vielfältige wichtige Aufgaben zu bewältigen habe. So ist es für die Mehrheit sehr wichtig, dass sich der Staat um die Aufrechterhaltung der sozialen Gerechtigkeit in der Gesellschaft kümmert, aber auch um eine Verbesserung der Infrastruktur und Verkehrsstruktur, er zudem Investitionen für den Klimaschutz wie den Ausbau der erneuerbaren Energien aufbringt und den Ausbau beziehungsweise die Modernisierung und Digitalisierung des öffentlichen Dienstes vorantreibt. Bei der Einschätzung der Bedeutung der Aufgaben zeigen sich nicht nur große Differenzen zwischen den Anhängern der Regierungs- und der Oppositionsparteien, sondern auch mitunter deutliche Unterschiede zwischen den Anhängern der drei Parteien der regierenden Ampelkoalition. Es scheint den Parteien, die die am-

tierende Bundesregierung bilden, derzeit kaum zu gelingen, einen Ausgleich zwischen den Interessen der verschiedenen heterogenen Bevölkerungsgruppen zu erreichen.

Um die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes aufrechtzuerhalten beziehungsweise zu verbessern, wünschen sich die Befragten insbesondere eine schnellere und bessere Terminvergabe für die Anliegen der Bürger, eine konsequente Digitalisierung aller Aufgaben des öffentlichen Dienstes und eine Verbesserung von Beratung und Service für die Bürgerinnen und Bürger. Gleichzeitig kann in einer umfangreichen Digitalisierung kein „Allheilsbringer“ gesehen werden, zumal fast zwei Fünftel der Befragten nach wie vor großen Wert auf den persönlichen Kontakt mit den Behördenmitarbeitern legen.

Optimierungen in der öffentlichen Verwaltung im Sinne des Abbaus bürokratischer Hürden und Hemmnisse sowie eine bessere Übersichtlichkeit der Behördenstrukturen für die Befragten werden insbesondere im Bereich Gesundheit und Pflege, der Genehmigungsverfahren, im Bildungswesen und bei den Bürgerämtern für besonders dringlich und erforderlich gehalten. Dass dies durch eine verstärkte Digitalisierung beziehungsweise mehr Angebote zur Erledigung von Aufgaben per Internet erreicht werden könnte, glauben die Bürgerinnen und Bür-

ger am ehesten bei den Bürgerämtern, den Genehmigungsverfahren und der Steuerverwaltung.

► **Kosten des öffentlichen Dienstes**

Ähnlich wie bereits in den vergangenen Jahren meinen aktuell 44 Prozent der Bürgerinnen und Bürger, dass der öffentliche Dienst die Steuerzahler zu viel Geld koste. Dies meinen überdurchschnittlich häufig Ostdeutsche, Arbeiter und Selbstständige sowie insbesondere die Anhänger der AfD. 50 Prozent sehen dies nicht so.

► **Bewertung verschiedener Einrichtungen der öffentlichen Hand**

Den Befragten wurden verschiedene öffentliche Einrichtungen genannt mit der Bitte, die Arbeit dieser Einrichtungen anhand von Schulnoten von 1 bis 6 zu bewerten. Weiterhin schneiden die Straßenreinigung beziehungsweise

Müllabfuhr sowie die Bibliotheken (jeweils 2,0), gefolgt von den Museen (2,1), am besten ab.

Landes- beziehungsweise Bundesministerien (3,6 beziehungsweise 3,8) sowie Arbeits- und Sozialämter (3,5 beziehungsweise 3,4) werden im Vergleich zu den anderen Behörden schlechter bewertet.

► **Das Beamtenprofil**

Auch im Sommer 2023 werden Beamtinnen und Beamte am ehesten als pflicht- und verantwortungsbewusst (63 beziehungsweise 62 Prozent), zuverlässig (56 Prozent) und kompetent (52 Prozent) wahrgenommen. 48 Prozent sehen sie als hilfsbereit, 40 Prozent als unbestechlich, aber nur 15 Prozent als flexibel an.

Von den eher negativen Eigenschaften wird den Beamtinnen und Beamten weiterhin am ehesten eine gewisse Sturheit attestiert (45 Prozent). 39 Prozent sehen sie als mürrisch, 36 Prozent als arrogant,

22 Prozent als überflüssig, 20 Prozent als ungerecht und 17 Prozent als ängstlich an.

► **Das Ansehen einzelner Berufsgruppen**

Seit der ersten dbb Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst im Jahr 2007 wurde jedes Jahr ermittelt, welches Ansehen einzelne Berufsgruppen in der Bevölkerung genießen. Hierfür werden den Befragten verschiedene Berufsgruppen genannt mit der Bitte, jeweils anzugeben, ob diese Berufsgruppe bei ihnen persönlich ein eher hohes oder eher geringes Ansehen genießt.

Wie bereits in den Vorjahren wird auch aktuell das „Beruferranking“ von den Feuerwehrleuten angeführt, von denen 94 Prozent ein (sehr) hohes Ansehen haben. Es folgen im Ansehensranking Krankenpflegekräfte (89 Prozent), Ärztinnen und Ärzte (85 Prozent) sowie Altenpflegekräfte (84 Prozent). Von Polizistinnen und Polizisten haben 78 Prozent, von Erziehern/-innen im Kindergarten beziehungsweise der Kita 76 Prozent und von Müllmännern beziehungsweise -frauen 72 Prozent ein (sehr) hohes Ansehen.

Von Beamten und Beamtinnen (als Sammelgruppe ohne Differenzierung in die einzelnen Berufsbilder) haben aktuell 32 Prozent ein (sehr) hohes Ansehen. Das geringste Ansehen ha-



© AdobeStock (2)

ben wie bereits im vergangenen Jahr die Politikerinnen und Politiker (14 Prozent), Mitarbeitende in einer Telefongesellschaft (13 Prozent) oder einer Werbeagentur (8 Prozent) sowie Versicherungsvertreter/-innen (8 Prozent).

➤ Gewalt gegen öffentlich Beschäftigte

Nach 2019 hat forsa in diesem Jahr zudem erneut untersucht, in welchem Maße die Bürgerinnen und Bürger Übergriffe auf die verschiedenen Gruppen der öffentlich Beschäftigten wahrgenommen haben und inwieweit die öffentlich Beschäftigten

selbst schon einmal Opfer von Übergriffen wurden. Sowohl der Anteil derer, die die Gesellschaft als zunehmend verroht, rücksichtsloser und brutaler ansehen, als auch der Anteil derer, die in den vergangenen Jahren Gewalt gegenüber öffentlich Beschäftigten wahrgenommen haben, hat sich in den vergangenen vier Jahren kaum verändert. Beobachtet wurde Gewalt in irgendeiner Form insbesondere gegenüber Polizei- sowie Rettungskräften beziehungsweise Notärzten und Notärztinnen. Etwas gestiegen allerdings ist in den vergangenen vier Jahren der Anteil der im öffentlichen Dienst Beschäftigten, die selbst angeben,

schon einmal bei ihrer Tätigkeit behindert, beschimpft oder tätlich angegriffen worden zu sein.

Wie bereits im Jahr 2019 meint auch aktuell eine Mehrheit der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger (80 Prozent), dass die Gesellschaft zunehmend verrohe und der Umgang der Menschen untereinander rücksichtsloser und brutaler werde. 16 Prozent der Befragten sind nicht dieser Ansicht. 26 Prozent der Befragten geben an, schon einmal Übergriffe auf öffentlich Beschäftigte beobachtet zu haben, also dass diese behindert, belästigt, beschimpft oder angegriffen wurden. Am häufigsten wurden von

denjenigen, die derartige Übergriffe auf Beschäftigte des öffentlichen Dienstes beobachtet haben, Übergriffe auf Polizistinnen beziehungsweise Polizisten (64 Prozent) oder auf Rettungskräfte und Notärzte (60 Prozent) beobachtet. 45 Prozent haben mitbekommen, wie ein Bus- oder Bahnfahrer im Dienst beschimpft, behindert oder angegriffen wurde. 41 Prozent haben dies bei Feuerwehrleuten beobachtet, jeweils 37 Prozent bei Ordnungsamtmitarbeitern beziehungsweise Lehrkräften, 30 Prozent bei Sicherheitsdienstmitarbeitern und 28 Prozent bei Lokführern beziehungsweise Zugbegleitern. ■

dbb-Regionalkonferenz in Stuttgart – Joachim Lautensack mahnt:

Versorgungsempfänger nicht vergessen

Über die Erwartungshaltung der Beschäftigten im Hinblick auf die Einkommensrunde für die Länder (TV-L) haben die Teilnehmenden aus den Fachgewerkschaften unter dem Dach des BBW zahlreiche Probleme erörtert und Lösungen besprochen. Für den Seniorenverband und zugleich für die Seniorinnen und Senioren im BBW nahm Joachim Lautensack an dieser Veranstaltung teil. Lautensack brachte dabei zum Ausdruck, dass die Versorgungsempfänger im Land erwarten, dass die Bundesregelungen zur Versorgungsanpassung des aktuellen TVÖD übernom-

men werden. Das gelte insbesondere dann, sollte auch für die Landesbeschäftigten eine Inflationsausgleichsprämie vereinbart werden.

„Der Personalmangel ist mittlerweile in fast allen Bereichen des öffentlichen Dienstes unübersehbar“, sagte Volker Geyer, dbb-Tarifchef, auf der dritten dbb-Regionalkonferenz in Stuttgart am 12. September 2023. Dies führe dazu, dass sich die Servicequalität für die Bürgerinnen und Bürger verschlechtert. „Wenn der öffentliche Dienst Personal gewinnen und halten will, ist die Be-

zahlung ein ganz entscheidender Faktor. Das bei der Arbeitgeberseite durchzusetzen und dort gar auf Verständnis zu stoßen, wird nicht einfach. Wir werden ordentlich Druck machen müssen.“

BBW-Chef Kai Rosenberger unterstrich vor den Teilnehmenden der Regionalkonferenz: „Bei den anstehenden Tarifverhandlungen des TV-L muss die Chance genutzt werden, die Reallohnverluste der vergangenen zwei Jahre zu kompensieren und faire Bedingungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sicherzustellen.“ Die endgültigen Forderungen des dbb für die Einkommensrunde werden am 11. Oktober in Berlin beschlossen. Es sind drei Verhandlungsrunden für den 26. Oktober, den 2. und 3. November sowie den 7. bis 9. Dezember vereinbart. Betroffen sind etwa 3,5 Millionen Beschäftigte: direkt circa 1,1 Millionen Tarifbeschäftigte der Bundesländer (außer Hessen), indirekt circa 1,4 Millionen Beamtinnen und Beamte der entsprechenden Länder und Kommunen sowie rund eine Million Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger. ■

Aktionstag für pflegende Angehörige

dbb pocht auf steuerfinanzierte Entgeltersatzleistung für pflegende Angehörige

Wer Angehörige pflegt, soll Auszeiten nehmen können und einen finanziellen Ausgleich erhalten. Entsprechende Pläne habe die Regierung bislang nicht umgesetzt, kritisiert dbb-Chef Ulrich Silberbach.

Die Pflege von Angehörigen mit dem Berufsleben vereinbaren – das ist in vielen Fällen ein Knochenjob. „Wir können doch nicht von den Betroffenen verlangen, dass sie Dinge unter einen Hut bekommen, die gar nicht unter einen Hut passen“, sagte dbb-Chef Ulrich Silberbach anlässlich des bundesweiten Aktionstages für pflegende Angehörige am 8. September 2023. Die Regierung müsse umgehend handeln: „Die steuerfinan-

zierte Entgeltersatzleistung muss endlich kommen, wie es im Koalitionsvertrag steht. Je länger nichts passiert, desto mehr Menschen stoßen an ihre persönlichen Grenzen. Wir dürfen keine Zeit mehr verlieren.“ Der Stellenwert pflegender Angehöriger würde offenbar kaum wahrgenommen, dabei seien sie eine tragende Säule des Systems.“

Der dbb arbeitet als Mitglied im unabhängigen Beirat zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf seit Jahren für ein Modell einer entsprechenden Entgeltersatzleistung. Seinen zweiten Bericht mit konkreten Handlungsempfehlungen hat der Beirat bereits in diesem Sommer an Bun-



© AdobeStock

desfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) übergeben. „Nicht nur der dbb, sondern vor allem die Millionen pflegenden Angehörigen haben hohe Erwartungen an die Politik, die es zeitnah einzulösen gilt“, betont der dbb-Bundesvorsitzende.

„Und wenn wir schon dabei sind, die Einlösung von Versprechen der Politik

einzufordern, sollte die Politik auch die professionell Pflegenden im Blick behalten“, ergänzte Silberbach. „Denn Arbeitsbedingungen werden nicht von Versprechen attraktiver, sondern durch Taten. Insofern darf man gespannt sein, inwiefern die angekündigte Krankenhausreform aus dem Bundesgesundheitsministerium nachhaltig Abhilfe schafft.“ ■

Joachim Lautensack übernimmt den Vorsitz der BBW-Landesseniorenvertretung

Senioreninteressen weiter gebündelt

Bei der Landesseniorenkonferenz des BBW – Beamtenbund Tarifunion am 11. September 2023 bei Wüstenrot in Kornwestheim haben die rund 40 Delegierten der Fachgewerkschaften des BBW einen neuen Vorstand gewählt. Auf Waldemar Futter, der die Landesseniorenvertretung in den vergangenen fünf Jahren geführt hat, folgt Joachim

Lautensack, der einstimmig zum neuen Vorsitzenden gewählt wurde. Einstimmig gewählt wurden auch die 1. Stellvertreterin Dorothea Faisst-Steigleder sowie die weiteren Stellvertreter/-innen Rosemarie Hanesch, Anni Combé-Walter und Rudolf Forcher. Joachim Lautensack, der zugleich auch Stellvertreter des BBW-Vorsitzenden und Vorsit-

zender des Seniorenverbandes ist, betonte in seiner Bewerbungsrede sowie bei seinem Schlusswort, dass er mit der Amtsübernahme noch mehr zur wirkungsvollen Bündelung der vielfältigen und vor allem auch der berechtigten Interessen der Seniorinnen und Senioren beitragen wolle. Zugleich dankte Lautensack dem scheidenden

Vorsitzenden Waldemar Futter sowie den Vorstandsmitgliedern, die nicht mehr zur Wiederwahl angetreten waren, Siegfried Zeiher und Bernhard Freund, für ihr Engagement und ihre tatkräftige Unterstützung (siehe auch „Wechsel an der Spitze der BBW-Landesseniorenvertretung“ auf den BBW-Seiten).

Zusammenarbeit zwischen BBBank und Seniorenverband

Das Miteinander erneut besiegelt

Die BBBank ist einer der wenigen Premiumpartner des Seniorenverbands. Sie betreut die meisten Verbandskonten unserer regionalen Verbände und arbeitet mit dem Seniorenverband schon lange kollegial und vertrauensvoll zusammen. Mitte Juni trafen sich in der Bruchsaler

Filiale der BBBank die neue Filialdirektorin BBBank Bruchsal Daniela Nagel, Joachim Lautensack, der Landesvorsitzende des Seniorenverbands, Petra Hasebrink, die Landesdirektorin der BBBank, und Bernd Lohrbächer, Filialdirektor BBBank Bruchsal um das künftige Miteinander er-



> In der Bruchsaler Bankfiliale (von links): Daniela Nagel, die neue Filialdirektorin der BBBank Bruchsal; Joachim Lautensack, der Landesvorsitzende des Seniorenverbands; Petra Hasebrink, die Landesdirektorin der BBBank; Bernd Lohrbächer, Filialdirektor der BBBank Bruchsal

neut zu besiegeln. Joachim Lautensack dankte Petra Hasebrink dabei insbesondere für ihr per-

sönliches Engagement zur Förderung der verbandslichen Aktivitäten.

Ausflug des Regionalverbands Ulm nach Stuttgart

Das Programm: ein Besuch der Wilhelma

Wer hatte gedacht, dass wir Mitte September bei Hochsommerwetter nach Stuttgart in die Wilhelma fahren können. Fast pünktlich trafen wir ein. Nachdem jeder seine Eintrittskarte erhalten hatte, versammelten wir uns am vereinbarten Treffpunkt bei den beiden Wilhelma-Begleitern, die uns schon erwarteten. Schnell hatten wir uns in zwei Gruppen aufgeteilt, sodass nun die Führung im riesigen Gelände der Wilhelma beginnen konnte.

Herr Brucker gab uns einen kurzen historischen Abriss. Die Wilhelma ist eine denkmalgeschützte Parkanlage aus dem 19. Jahrhundert. Der Dreiklang von Zoo, botanischem Garten und historischer Parkanlage macht den besonderen



> Die Ulmer Seniorengruppe in der Wilhelma in Stuttgart

Reiz der Wilhelma aus. Aus dem ehemaligen Rosengarten, einem Grundstück unterhalb des Neckarhangs, wurde mit seinen steten Erweiterungen die Wilhelma. 1837 werden vom Architekten Karl-Ludwig von Zenth erste Tierunterkünfte gebaut. Am 30. September 1846 wurde die Wilhelma eingeweiht.

1851 ist der maurische Festsaal fertiggestellt. Auch der Bau des Aussichtspavillons Belvedere mit einer schönen Aussichtsplattform wurde zu dieser Zeit fertiggestellt. Aber erst das Jahr 1853 gilt als Gründungsjahr der Wilhelma und ab 1880 wurde die Anlage für die Öffentlichkeit geöffnet. 1919

wird die Wilhelma Staatsbesitz. Leider hinterließ der 2. Weltkrieg zerstörerische Spuren. Es musste viel wieder aufgebaut werden. Mitte des 20. Jahrhunderts kamen die ersten Säugetiere. So wurde die Wilhelma allmählich zu einem großen zoologischen Garten.

Bei der knapp zweistündigen Führung haben wir viele Tiere in ihren Gehegen und den schönen, gepflegten Park gesehen, aber bei Weitem nicht alles. Nach der Führung blieb genügend Zeit, auf eigene Faust den Zoo zu genießen. Zum vereinbarten Zeitpunkt kamen alle zum Bus, den unser Busfahrer netterweise in den Schatten gestellt hatten. Nach der gemeinsamen Abend-einkehr ging es nach Hause. ■

Ausflug des Regionalverbands Reutlingen

Höhepunkte: der Besuch im „Tiefen Stollen“ und das G’schichtle vom Aalener Hitzkopf

Ein erlebnisreicher Ausflug führte den Seniorenverband Reutlingen nach Aalen. Das Besucherbergwerk „Tiefer Stollen“ und eine Stadtführung, mit dem Blick auf das Leben des großen Sohnes der Stadt, Christof Friedrich Daniel Schubart, faszinierte die Teilnehmenden.

Um 7.30 Uhr hatte der Bus der Firma Harsch alle Teilnehmer eingesammelt und startete in Richtung Aalen. Bei einem Halt an der Burg Wäscher Schloss in Wäschenbeuren konnte jeder eine Tasse Kaffee und eine frische Butterbrezel genießen. Was braucht der Schwabe mehr? Auch der Innenhof des Wäscher Schlosses war einen Blick wert.

Angekommen am Brau- nenberg bei Aalen-Wasser- alffingen dauerte es nicht lange bis zur Einfahrt mit der Grubenbahn in den „Tiefen Stollen“. Das Leben

der Bergleute unter Tage, in dämmrigem Licht und feuchter Luft, war geprägt durch schwere Arbeit und dauernde Gefahr. Der Stollenführer und die Begehung der Abbaustollen konnten dies den Teilnehmern eindrucksvoll vermitteln. Die Schwäbischen Hüttenwerke in Wasseralfingen haben das Erz zu Stahl verhüttet, was der Stadt und dem Land, in der Mitte des 19. Jahrhunderts, großes Ansehen und Wohlstand brachte. Nach einem guten Mittagessen

im Kellerhaus Oberalfingen, lernten die Teilnehmenden die Aalener Innenstadt über ein „G’schichtle vom Aalener Hitzkopf“ kennen. Der Hitzkopf war C. D. F. Schubart, ein zu seiner Zeit sehr bekannter Dichter, Musiker und Journalist, der zehn Jahre im Gefängnis auf dem Hohenasperg verbringen musste. Herzog Karl Eugen von Württemberg hat den Frei- geist einkerker lassen. Die Führer des Aalener Touristenbüros waren außerordentlich gut über das Le-

ben von Schubart informiert und einer unterstrich seinen leidenschaftlichen Vortrag mit dem Spiel auf der Posaune. Nach der Stadtführung war Zeit für einen Stadtbummel oder für Kaffee und Kuchen im Café Schieber. Gegen 18 Uhr startete der Bus, bei immer noch strahlendem Wetter, zur Heimfahrt nach Reutlingen. Gelegenheit, sich bei Karl Heinz Dambacher, dem Organisator dieser gelungenen Ausfahrt, ganz herzlich zu bedanken. ■



> Die Reutlinger Seniorengruppe in Aalen

Veranstaltung des Regionalverbands Wangen

Ein Ausflug nach Isny

Am 7. September 2023 trafen sich die Mitglieder des Regionalverbands Wangen in Isny im Allgäu. Die Einweihung des neuen Marktplatzes war der Anlass für die Besichtigung der abgeschlossenen Stadtsanie-

rung. Die Stadt hat in den Jahren 2014 bis 2023 die Innenstadt saniert. Nach Abbruch alter Gebäude wurden 50 Wohnungen neu geschaffen, das zentral gelegene Hallgebäude saniert, eine Tiefgarage

mit 128 Parkplätzen gebaut und der Marktplatz in der Stadtmitte und seine Umgebung neu gestaltet. Neu in Isny ist auch das Stadtmodell unter den Rathausarkaden nach dem Stand von 1631, welches

auch von blinden Personen in Blindenschrift ertastet werden kann.

Bei schönem Wetter war der Ausflug für alle Teilnehmenden ein besonderes Erlebnis. ■

Veranstaltungen des Regionalverbands Stuttgart

Führung durch die Villa Reitzenstein

Halt! Stopp! Bevor 43 Ruheständlerinnen und Ruheständler in zwei Gruppen an verschiedenen Tagen an der Führung durch das Anwesen der Villa Reitzenstein teilnehmen konnten, war eine strenge Ausweis- und Taschenkontrolle Voraussetzung. Das ist verständlich, sind doch in der Villa Reitzenstein die baden-württembergische Landesregierung einschließlich dem Ministerpräsidenten hier zu Hause.



> Die Stuttgarter Seniorengruppe vor der Villa Reitzenstein, dem Regierungssitz der baden-württembergischen Landesregierung

Zu Beginn des Rundgangs durch die Villa gab es eine Einführung in die Geschichte des Hauses. Helene Freifrau von Reitzenstein, eine Stuttgarter Verlegertochter und Witwe des württembergischen Oberhofmeisters Carl von Reitzenstein, ließ mit dem von ihrem Vater geerbten Vermögen für 2,8 Millionen Goldmark die Villa in den Jahren 1910 bis 1913 auf der Gänsheide in Stuttgart errichten. Die Architekten waren Hugo Schlösser und Johann Weirether. Obwohl die von einem sehr schön gestalteten Park umgebene Villa alles hatte, was dem damaligen Stand der Technik entsprach, fühlte sich Frau von Reitzenstein dort nicht wohl. Im Jahre 1921 verkaufte sie das Anwesen an die neue Württembergische Landesregierung, zog nach Mitterdarching (heute Valley) in Bayern und verstarb dort vereinsamt im Jahre 1944. Nach der

Einführung in die die Geschichte des Hauses, startete der Rundgang in der Eingangshalle, wo es ein kunstvolles Fußbodenmosaik aus italienischem Marmor zu bestaunen gibt.

Im Gobelinsaal, in dem heute größere Gesprächsrunden, Konferenzen und auch festliche Essen stattfinden, befinden sich drei große flämische Wandgobelins, die die vier Jahreszeiten darstellen. Der Runde Saal dient dem Ministerpräsidenten für Empfänge. Zahlreiche Staatsoberhäupter haben sich hier schon in das Gästebuch eingetragen. Im Blauen Salon, unter dem schönen Kristalleuchter aus venezianischem Glas und eingerahmt von den seidenen Wandbespannungen, finden Besprechungen in kleinerem Rahmen, aber auch Arbeitssessen und Gespräche bei Kaffee oder Tee statt. Das Eckzimmer, das einstige

Raucherzimmer, beeindruckt durch die Wandverkleidung, bestehend aus edlen Hölzern mit kunstvollen Intarsien aus Holz und Perlmutter.

Der Rundgang endete im Kabinettsaal mit dem großen ovalen Holztisch. Dort trifft sich die baden-württembergische Landesregierung zu Kabinettsitzungen. Hier beraten und beschließen der Regierungschef, Minister und Staatssekretäre unter anderem Gesetzesinitiativen, Verordnungen und Erlasse.

> Besuch der Staatsgalerie Stuttgart

„Zeit ist das, was man an der Uhr abliest ...“ Dieses Zitat von Albert Einstein war das Schlusswort von Kunsthistorikerin Monika Will bei den Führungen in der Staatsgalerie Stuttgart zum Thema „Zeit“ in der Malerei, zu denen der Re-

gionalverband Stuttgart im September eingeladen hatte. Ein wahrlich schwieriges Thema. Der Kirchenlehrer Augustinus schrieb dazu im 4. Jahrhundert: „Was ist die Zeit? Wenn mich niemand danach fragt, weiß ich es, wenn ich es aber einem, der mich fragt, erklären soll, weiß ich es nicht.“ Wie unterschiedlich die Künstler Zeit, Bewegung, Vergänglichkeit, gesehen haben, davon konnten sich 26 Seniorinnen und Senioren in zwei Gruppen von Frau Will an verschiedenen Kunstwerken erklären lassen. Der erste Stilllebenmaler in Deutschland, Georg Flegel, hat in seinem „Stillleben mit Blumen und Esswaren“ von 1630 die Vergänglichkeit dargestellt. Die Sanduhr weist auf die wie Sand verrinnende Lebenszeit hin, die Blumen und Lebensmittel auf den Verfall der Schönheit und auf die Verderblichkeit. ■

Veranstaltungen des Regionalverbands Mannheim

Rundgang durch Ladenburg

Zu einem historischen Stadtrundgang in Ladenburg trafen sich am 15. Juni Mitglieder des Verbands Mannheim. Wegen der günstigen geografischen Lage wurde vor circa 2 000 Jahren neben Trier, Köln, Speyer, Worms, Mainz auch Ladenburg gegründet. Ladenburg ist damit wahrscheinlich die älteste Stadt Deutschlands rechts des Rheins. Frau Weber-Schumann, Stadtführerin in Ladenburg und Mitglied im Seniorenverband ö. D., hat die Mannheimer Gruppe mit den alten Römern in Ladenburg vertraut gemacht. Wegen der hohen Temperaturen gab es nur einen kleinen Rundgang durch diese interessante Stadt. Außer der Zeit der Römer gibt es einen weiteren Grund nach Ladenburg

zu reisen: Es ist Carl Benz, der Erfinder der Autos. Zu Beginn in Mannheim im Quadrat 6 wohnend, verschlug es Carl Benz nach Ladenburg. Dort ist noch die Benzwerkstatt – heute Automuseum – zu sehen. Als Carl Benz 1929 starb, wurde er hier beigesetzt.

► Besuch der Bundesgartenschau

Zum Seniorentag am 5. Juli, vom Landesseniorenrat unter dem Motto „Wohnen und Leben im Alter“ veranstaltet, trafen sich die Mitglieder des Verbands Mannheim auf der Bundesgartenschau (BUGA). Die bis Oktober dauernde Veranstaltung erstreckt sich auf den Spinel-



► Mannheimer Seniorengruppe bei ihrem Stadtrundgang durch Ladenburg

li und den Luisenpark. Das Kerngelände der BUGA ist die Konversionsfläche rund um die ehemalige Spinelli-Kaserne. Einst von der deutschen Wehrmacht als Pionierkaserne und nach dem Zweiten Weltkrieg von den US-amerikanischen Streitkräften als

Lager genutzt, erstreckt sich der Spinelli-Park vom Aubuckel bis zum Mannheimer Stadtteil Käfertal. Zweites Ausstellungsgelände ist der Luisenpark, der bereits Teil der BUGA 1975 war. Verbindungselement zwischen beiden Parks ist eine Seilbahn. ■

Hauptversammlung des Regionalverbands Pforzheim

Bedeutung des Verbands für seine Mitglieder unterstrichen

Bei der Hauptversammlung des Regionalverbands Pforzheim informierte Vorsitzender Jürgen Bechtle die zahlreich erschienenen Mitglieder über das Geschehen im regionalen Seniorenverband Pforzheim. Neben den üblichen Regularien erinnerte er an die Bedeutung der Interessenvertretung für die aus den verschiedenen Bereichen

wie Schulen, Landes- oder Kommunalverwaltungen, sonstigen öffentlichen Diensten und Betrieben kommenden Beschäftigten. Auf örtlicher Ebene seien dies Fachthemen und Hilfestellungen bei versorgungsrechtlichen Angelegenheiten sowie gesellschaftliche Zusammenkünfte wie gemeinsames Wandern oder Ausflüge.

Auf der Landesebene werden die Mitglieder von Experten vertreten und beraten. Um über diese Arbeit zu berichten, war die stellvertretende Landesvorsitzende des Seniorenverbands ö. D. BW, Margarete Schaefer, zum Regionalverband Pforzheim gekommen. Sie gab einen Überblick über die aktuellen Probleme in den öffentli-

chen Verwaltungen, über den Lehrermangel in Schulen und Personalmangel in der Pflege. Kurzfristige Möglichkeiten, hier Abhilfe zu schaffen, seien nicht erkennbar. Schaefer verwies weiter auf die Tarifverhandlungen, die damit verknüpfte Übertragung der erzielten Ergebnisse auf die Versorgung der Beamtinnen und Beamten des

Landes sowie der Gemeinden und erinnerte daran, dass der Bund das Tarifergebnis TVöD systemkonform auch auf den Versorgungsbereich in seinem

Bereich übertragen habe. Abschließend gab sie noch Tipps für die Antragstellung von Beihilfe, um eine schnellere Bearbeitung zu ermöglichen.

Im Rahmen der Versammlung wurde Heide Herrmann für 40 Jahre Mitgliedschaft im Seniorenverband geehrt. Margarete Schaefer und Jürgen Bechtle

gratulierten und überreichten eine Urkunde.

Jürgen Bechtle

Regionalverband Geislingen an der Steige

Besuch bei der freiwilligen Feuerwehr

Am letzten Mittwoch im August trafen sich die Mitglieder des Regionalverbands Geislingen bei der Feuerwache, wo sie von Feuerwehrkommandant Jörg Wagner herzlich begrüßt wurden. Im Unterrichtsraum erfuhren die Teilnehmenden, dass die Feuerwehr über 270 Einsatzkräfte im Ehrenamt und fünf hauptberufliche Mitarbeiter hat. Daher ist sie eine der größten Einrichtungen der Stadtverwaltung Geislingen mit jährlich 200 Einsätzen. Der Fahrzeugpark verfügt über insgesamt 20 Fahrzeuge bei sieben Löschzügen. Bevor es in die Fahrzeughalle ging, konnte die Gruppe die zentrale Atemschutzwerkstatt in Augenschein neh-

men. Dort werden die Atemschutzgeräte (Schutzmasken und Atemluftflaschen) gewartet und instand gesetzt. Der Service der zentralen Atemschutzwerkstatt wurde in den vergangenen Jahren von 26 angeschlossenen Gemeindefeuerwehren und Werkfeuerwehren aus dem Landkreis Göppingen und aus dem Alb-Donau-Kreis in Anspruch genommen.

Feuerwehrkommandant Jörg Wagner zeigte und erklärte das Ersteinsatzfahrzeug, welches für viele verschiedene Einsatzlagen technisch sehr gut ausgerüstet ist. So kommen zum Beispiel bei Verkehrsunfällen mit eingeklemmten



> Mitglieder des Regionalverbands Geislingen an der Steige inspizieren ein Einsatzfahrzeug der freiwilligen Feuerwehr.

Personen auch hydraulische Spreizer und Schneidegeräte zum Einsatz. Das Hubrettungsfahrzeug mit einer bis zu circa 30 Metern ausfahrbaren Drehleiter konnten die Mitglieder bei vollem Einsatz bestaunen. Die Anschaffungskosten für

diese Fahrzeuge betragen circa 600 000 bis 800 000 Euro. Nach zweistündigem Besuch und einem herzlichen Dank an den Feuerwehrkommandanten Jörg Wagner traten die Mitglieder mit vielen Informationen den Heimweg an. ■

Regionalverband Herrenberg

Ausflug in die Vergangenheit

Mitglieder des Regionalverbands Herrenberg führten einen Tagesausflug in die Vergangenheit durch. Zunächst ging es nach Donaueschingen zur 1875 in einem Rundbecken gefassten Donauquelle. Hier er-

fuhren die Mitglieder Interessantes zum zweitlängsten Fluss Europas. Die Donau fließt durch zehn Länder über 2 800 Kilometer ins Schwarze Meer. Die zehn Länder sollten später noch eine Rolle spielen.

Weiter ging es zum historischen, 450 Jahre alten badischen Gasthaus Scheffelinde nach Blumberg-Achdorf. Hier wurde nicht nur gegessen, sondern es musste auch ein Anagramm gelöst werden.

Schaffen das unsere Leser auch?

> Die Donau

Von der Quelle bis zur Mündung durchfließt die

Donau zehn Länder. Welche sind es? Bringen Sie die Buchstaben in die richtige Reihenfolge (Umlaute wie ä, ü, ö bitte als ae, ue, oe berücksichtigen). Nummerieren sie die Länder nach der Reihenfolge!

STEREOCHIRE		
GRANNU		
TIERKONA		
NIERBSE		
LADDENSCHUT		
LAIKWOSE		
IRGLAUBEN		
EMANNUIRE		
AUKIRNE		
OMDIVLANE		

Diese gesellige und teambildende Maßnahme be-

reitete allen viel Spaß und diente der geistigen Fitness.

Nach dem Gasthausbesuch ging es weiter nach Blumberg zur historischen Sauschwänzlebahn. 1890 erbaut, um militärische Truppen schnell von Ost nach West zu verlegen, dient sie heute dem Tourismus. Durch die atemberaubende Landschaft mit tollen alten Tunneln und Brücken auf fast kreisrunden Gleisen führt die Sauschwänzlebahn durch das Wutachtal. Alle Teilnehmenden waren begeistert. Einziges Manko des schönen Tages war, dass die Sauschwänzlebahn keine Seniorenermäßigung



> Herrenberger Seniorinnen und Senioren in der Sauschwänzlebahn

gewährt. Die recht hohen Fahrpreise führten schnell zurück in die Gegenwart: Bei den stark gestiegenen Preisen und der hohen Inflation können sich Senioren Fahrten wie diese nicht mehr lange leisten. Die anschließende Diskus-

sion über die anstehenden Tarifverhandlungen TV-L und die folgende Übertragung des Tarifergebnisses auf die Versorgungsempfänger zeigte eine hohe Motivation für eine Streikbereitschaft der Mitglieder.

Regionalverband Aalen besucht GoAhead-Zentrale in Essingen

Ein Blick hinter die Kulissen der Firma

Der Regionalverband Aalen besuchte im Rahmen des Monatstreffens Juli 2023 die Zentrale von GoAhead in Baden-Württemberg. Die meisten Teilnehmenden haben bisher mit den Gebäuden von GoAhead entlang der B 29 zwischen Essingen und Aalen nur die Reinigung der Züge verbunden. Tatsächlich verbirgt sich in diesem langgezogenen Gebäudekomplex nicht nur eine Reinigungsanlage für alle 66 Züge in Baden-Württemberg, sondern auch eine Reparaturwerkstatt für den gesamten Fuhrpark der Firma GoAhead im Ländle. In dieser Werkstatt ist es zum Beispiel auch

möglich, jeden Zug komplett aus dem Gleis zu nehmen und anzuheben, um von unten an das Fahrwerk zu kommen. Noch mehr staunten die Teilnehmenden, als sie erfuhren, dass sich im gleichen Gebäudekomplex am ehemaligen Essinger Bahnhof die Leitung von GoAhead BW samt Leitstelle/Einsatzzentrale befindet, die von dort aus alle 66 Züge verfolgen kann.

Trotz laufenden Betriebs durften wir die Leitstelle besichtigen. Die Mitarbeiter von GoAhead beantworteten sehr geduldig alle Fragen unserer Mitglieder. Es kamen auch (seltsa-

me) Regelungen zwischen dem Land BW und GoAhead zur Sprache. GoAhead verdiene zum Beispiel nichts an den Fahrkarten. Ganz im Gegenteil, viele Fahrgäste verlangsamten den Verkehr beim Ein- und Aussteigen und GoAhead müsse für Unpünktlichkeit Strafe an das Land BW zahlen. Insofern wunderte es uns nicht, als unser Betreuer die Coronazeit als finanziell sehr gute Zeit für GoAhead beschrieb, denn GoAhead verdiene vor allem an der Bereitstellung der Züge und durch Pünktlichkeit. GoAhead hatte zu unserer Überraschung auch für unser leibliches Wohl in Form

von Kaffee und Kuchen gesorgt, was wir dankbar annahmen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich am Ende des Besuches darüber einig, dass die Veranstaltung sehr interessant und rundum gelungen war. Die Erwartungen seien eindeutig übertroffen worden!

Bei schönem Sommerwetter ging es im Anschluss noch in den Biergarten „Remsgärtle“ in Essingen, wo der Nachmittag für einige unserer Mitglieder erst in den frühen Abendstunden ausklang.

Hans Buchinger

Regionalverbände Herrenberg und Rottenburg

Gemeinsame Exkursion nach Bebenhausen

Bei der Landeshauptvorstandssitzung in Karlsruhe hatten sich die Regionalverbandsvorsitzenden der Nachbarstädte Herrenberg und Rottenburg, Christian Schütz (Herrenberg) und Det Hamacher (Rottenburg),

überlegt, dass die Regionalverbände auch einmal etwas gemeinsam unternehmen könnten. Am 15. September 2023 fand die erste RV-übergreifende Exkursion ins Schloss Bebenhausen statt. Vom RV Herrenberg

hervorragend organisiert wurde den Teilnehmenden durch die exzellente Führerin alles Wichtige informativ dargeboten. Das Kennenlernen konnte anschließend bei einem gemeinsamen Mittagessen im nahen Ent-

ringen vertieft werden und man war sich einig, dass eine Wiederholung anzustreben sei. D. Hamacher sprach spontan eine Einladung zur nächsten RV-Sitzung in Rottenburg am 25. Oktober 2023 aus. ■

Ausflug des Regionalverbands Ehingen nach Sigmaringen

Auf den Spuren der Hohenzollern

Im Jahresprogramm des Seniorenverbands Ehingen stand am 29. August 2023 ein Besuch der Stadt Sigmaringen mit Stadtführung an. Obwohl das Wetter nicht gerade zur Teilnahme einlud, hatte sich eine gut aufgelegte Gruppe am Bahnhof Ehingen getroffen, um per BW-Ticket die Reise anzutreten.

Der Stadtführer in Sigmaringen gab zunächst vor dem alten Rathaus mit Blick auf das Schloss einen geschichtlichen Überblick ab der ersten urkundlichen Erwähnung von Sigmaringen 1077, als die Burg Sigmaringen im Besitz der Grafen von Veringen war. Im Laufe der Zeit wechselte die Burg mehrfach den Besitzer und gelangte schließlich in die Hände der Grafen von Hohenzollern. Im Verlauf der Jahrhunderte war die Grafenschaft Hohenzollern-Sigmaringen immer wieder in kriegerische Auseinandersetzungen und politische Umbrüche verwickelt.



> Die Ehinger Seniorengruppe am runden Turm des Sigmaringer Heimatmuseums

Dank guter Beziehungen zu Napoleon blieben die hohenzollernschen Grafschaften Sigmaringen und Hechingen über 1806 hinaus selbstständige Fürstentümer, beide schlossen sich jedoch 1849 dem Königreich Preußen an. Sigmaringen war nun Sitz der preußisch-hohenzollernschen Provinzregierung; das Stadtbild ist stark geprägt von Bauten dieser Zeit. Während des Zweiten Weltkriegs wurde Sigmaringen kurzzeitig zur sogenannten „Französischen

Exilregierung“ genutzt, wo kollaborierende französische Politiker und Beamte untergebracht waren. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Sigmaringen Teil des neu gegründeten Bundeslandes Baden-Württemberg und hat sich seitdem zu einem regionalen Zentrum entwickelt.

Der Stadtrundgang führte am neuen Rathaus vorbei zum Vier-Jahreszeiten-Brunnen und hin zum Leopoldplatz. Vorbei an den Resten der alten Stadt-

mauer und dem Landeshaus der Stände ging es weiter zum runden Turm des Heimatmuseums bis zur Stadtkirche am Schloss.

In der sehr schönen Barockkirche St. Johann schilderte der Stadtführer das Leben und Wirken des in Sigmaringen geborenen Markus Roy, der als Kapuzinermönch Fidelis 1622 gegen die Reformation in Graubünden vorging und hierbei zum katholischen Märtyrer wurde und dessen Heiligsprechung 1746 erfolgte. Seither ist der Heilige Fidelis von Sigmaringen Landes- und Stadtpatron von Sigmaringen und wird auch als Schutzpatron der Anwälte und Rechtsanwälte verehrt, da er vor seiner Priesterweihe Rechtswissenschaften studiert hatte. Nach einem gemeinsamen Mittagessen und dem Genuss der berühmten Hohenzollern-torte wurde gut gelaunt per Bahn der Heimweg wieder angetreten. ■

Veranstaltung des Regionalverbands Göppingen

Werksführung hinterließ bleibenden Eindruck

Beim Regionalverband Göppingen ergab sich die Fragestellung, ob es in unserer Nähe eine Firma gibt, die anwendungsspezifische Schmierstoffe für die Industrie, Fahrzeuge und Maschinen sowie Druckfarben und Chemieprodukte weltweit anbietet. Im Rahmen von Recherchen stießen wir auf die Firma

Zeller+Gmelin in Eislingen/Fils, auf die diese Punkte zutreffen. Am 6. September 2023 besuchten dann Mitglieder des Regionalverbands Eislingen/Fils die Firma Zeller+Gmelin.

Nach Aushändigung einer Besucherkarte und Anlegen einer Gelbweste für Besucher wurden uns im

Veranstaltungsraum bei einem kleinen Snack die Geschichte der Firma und die verschiedenen Produktionsbereiche erklärt. Anschließend besuchten wir die Produktionsstätten. Die Vielfalt der unterschiedlichen Produktionsbereiche hinterließ bei uns einen bleibenden Eindruck.

Im Anschluss besuchten wir noch ein Lokal, wo wir uns über die Werksführung austauschten. Fazit: An diesem Tag hat alles gepasst: schönes Wetter, interessante Werksführung und das leibliche Wohl blieb auch nicht auf der Strecke.

Udo Müller

> Veranstaltungen vom 16. Oktober 2023 bis 15. Dezember 2023

Abkürzungen: A = Ausflug; HV = Hauptversammlung; F = Feierstunde und dergleichen; G = Geselligkeitsveranstaltungen; K = Kundgebung; S = Sprechstunde; TD = Telefondienst; V = Versammlung; W = Wandern.

Aalen: HV 2.11., 14 Uhr, Referent: Joachim Lautensack, Landesvorsitzender des Seniorenverbands, Thema: Aktuelles aus dem Verband, Ort: MTV-Gaststätte, Stadionweg 11 in Aalen; F 7.12., 14 Uhr, Adventliches Beisammensein, Ort: MTV-Gaststätte, Stadionweg 11 in Aalen; TD 01 57 / 33 79 48 75

Backnang: HV 22.11., 14 Uhr, Referent: Karl Schüle, Rechtsberater des Seniorenverbands, Thema: Maßnahmen hinsichtlich eines Todesfalls, Ort: Gasthof zur Eintracht, Gartenstr. 149 in Backnang; S nach tel. Vereinb. 0 71 91/6 41 06

Bad Säckingen: s. Waldshut

Bad Schussenried: G 13.11., 14.30 Uhr, Ort: Gaststätte Moorbadstüble; F 11.12., 14.30 Uhr, Weihnachtsfeier, Ort: Gaststätte Moorbadstüble.

Bad Waldsee: HV 19.10., 17 Uhr, Ort: Wirtshaus am Haslacher Weiher; TD 0 75 25 / 16 71

Bad Wildbad: s. Neuenbürg

Biberach: HV 18.10., 14.30 Uhr, Jahreshauptversammlung mit Wahlen, Ort: Ochsenhauser Hof; F 13.12., 14.30 Uhr, Vorweihnachtlicher Nachmittag, Ort: Ochsenhauser Hof.

Böblingen: A 17.10., Ausflug nach Nördlingen.

Eberbach: HV 23.11., 14.30 Uhr, Referent: Joachim Lautensack, Landesvorsitzender des Seniorenverbands, Thema: Aktuelles aus dem Verband, Ort: Hotel Schwanheimer Hof, Dorfwiesenstr. 11 in 69436 Schönbrunn-Schwanheim.

Ehingen: V 24.10., 11 Uhr, Referent: Michael Knapp, Thema: Misstrauensantrag



gegen Willy Brandt und die Verwicklung von Schelklingen, Ort: Schwanen; F 28.11., 11 Uhr, Adventsbesinnung mit Ulrike Krezdorn, Ort: Schwanen.

Ellwangen: V 15.11., 14.30 Uhr, Lichtbildvortrag „Wanderungen durch Canyons und Nationalparks in vier Staaten der USA“, Ort: Café Ratsstube;

F 6.12., 14.30 Uhr, Adventscafé, Ort: Gasthof Roter Ochsen.

Emmendingen: V 25.10., 14 Uhr, Referentin: Frau Datz-Faulmann, Rechtsanwältin, Thema: Vererben, Ort: Siedlerstüble, Lessingstr. 28 in Emmendingen; F 29.11., 14 Uhr, Adventsfeier, Ort: Siedlerstüble, Lessingstr. 28 in Emmendingen.

Esslingen: S nach tel. Vereinb. 07 11 / 2 73 05 35

Fellbach: V 13.11., 14 Uhr, Referent: Thomas Sixt-Rummel, Thema: Informationen zum Pflegeheim, Ort: Seniorenzentrum Forum Mitte Waiblingen, Blumenstr. 11, Anmeldung bis 7.11. bei Eckhard Linke unter Tel.: 0 71 44/3 91 37 oder per E-Mail an e.linke@t-online.de; G 4.12., 14 Uhr, gemütlicher Jahresabschluss, Ort: Seniorenzentrum Forum Mitte Waiblingen, Blumenstr. 11, Anmeldung bis 28.11. bei Eckhard Linke unter Tel.: 0 71 44/3 91 37 oder per E-Mail an e.linke@t-online.de; TD 0 71 44/3 91 37

Freiburg: W 5.12., 17 Uhr, Ort: Engelweg im Glottertal, Anmeldung bis 1.12. bei Dieter Kästel unter Tel.: 0 76 64/6 11 66 55 oder per E-Mail an dieterkaestel@t-online.de; Mo 19 –21 Uhr unter 0 76 64 / 6 11 66 55, Dieter Kästel

Freudenstadt: TD 0 74 43/74 07

Friedrichshafen: F 6.12., 14.30 Uhr, Weihnachtsfeier, Ort: GZH in Friedrichshafen; TD 0 75 41/5 48 60, E-Mail: bruno.hirscher@gmx.de

Geislingen: A 25.10., 14.30 Uhr, Führung Forellenzucht mit Einkehr, Ort: Obere Roggenmühle; V 29.11., 14.30 Uhr, Referentin: Sandra Schäfer, Thema: Orientierung in Sachen Pflege, Ort: Hotel Krone.

Göppingen: TD 0 71 61 / 91 68 40, E-Mail: muelle_u@web.de

Heidelberg: V 9.11., 15 Uhr, Referent: Ralf Albrecht, Thema: Private Krankenversicherer im öffentlichen Dienst, vorrangig Leistungen im Krankheits- und Pflegefall, Ort: Restaurant Zum goldenen Hirsch, Schwetzingen Str. 29 in Heidelberg-Kirchheim; TD 0 62 21 / 78 43 13, E-Mail: dieter.berberich@t-online.de, <http://senioren-oed-bw.de/heidelberg>

Herrenberg: G 26.10. + 9.11., 9.30 Uhr, Frühstück, Ort: Klosterhof Herrenberg; F 7.12., 15 Uhr, Weihnachtsfeier, Ort: Klosterhof Herrenberg; TD 0 70 32 / 2 30 24

Hochschwarzwald: s. Freiburg

Horb: s. Freudenstadt

Isny: s. Wangen

Karlsruhe: A 27.10., Besichtigung „Kunst im KIT“; A 9.11., Badisches Landesmuseum; V 23.11., 13.30 Uhr, Referentin: Barbara Saebel, MdL (Grüne), Thema: Landespolitik BW, Ort: TSV Rintheim; F 7.12., 13.30 Uhr, Adventsfeier/Jahresausklang,

Ort: TSV Rintheim; S Berater: Klaus Melchert, Tel.: 07 21/8 51 49 11

Kehl: S nach tel. Vereinb. 07 81/5 83 49

Künzelsau: A 15.11., 14.30 Uhr, Kocherwerk, Haus der Verbindungstechnik (behindertengerecht), Besichtigung mit Führung, Ort: Graf-Wolfgang-Julius Platz 1 in Forchtenberg-Ernstbach; G E-Bike-Training mit Herrn Klaus Kempf, Kreisverkehrswacht Hohenlohe. Weitere Informationen unter E-Mail@volkerlenz.de (bitte Telefonnummer angeben) oder telefonisch unter 0 79 40/5 03 04 14; TD 0 79 40/5 03 04 14

Lahr: V 9.11., 15 Uhr, Ort: Höhengasthaus Eiche in Lahr; F 14.12., 15 Uhr, Weihnachtsfeier, Ort: Höhengasthaus Eiche in Lahr.

Laupheim: V 26.10., 14 Uhr, Referenten: Regina Dettenrieder und Günter Schneider, Thema: Solidarisch altern, die Bürgergemeinschaft Laupheim e. V. stellt sich vor, Ort: Kolpinghaus in Laupheim; V 30.11., 14 Uhr, Referent:

Karl Schüle, Rechtsberater des Seniorenverbands, Thema: Leistungen der Beihilfe für pflegebedürftige Personen in Verbindung mit Pflegeversicherung, Ort: Kolpinghaus in Laupheim; F 14.12., 14 Uhr, Adventsfeier, Ort: Kolpinghaus in Laupheim.

Lörrach: A 24.10., Busfahrt nach Stuttgart mit Besichtigung des Fernsehturms, Anmeldung per E-Mail peter-faller@freenet.de oder unter Telefon: 0 77 62/27 50.

Ludwigsburg: A 14.11., Busfahrt nach Flein zur JVA-Außenstelle Staatsdomäne Hohrainhof; HV + F 5.12., 15 Uhr, Hauptversammlung und Weihnachtsfeier, Ort: Ev. Gemeindezentrum Hoheneck, Wilhelm-Nagel-Str. 59.

Mannheim: G 19.10., 14.30 Uhr, Herbstfest, Ort: Bürgerhaus; V 16.11., 14.30 Uhr, Referent: Herr Nemeth, Thema: Informationen zu Lifts im häuslichen Bereich, Ort: Bürgerhaus.

Nagold: V 17.11., 15 Uhr, Ort: Naturfreundehaus.



© AdobeStock (2)

Neckar-Odenwald:
V 15.11., 14.30 Uhr, Referent: Karl Schüle, Rechtsberater des Seniorenverbands, Thema: Zweites Pflegestärkungsgesetz, neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff, neue Pflegegrade – Auswirkungen der Pflegereform auf die Beihilfe, Ort: Restaurant Lamm, Hauptstr. 59 in Mosbach. Anmeldung bis 1.11. unter Tel.: 0 62 83/2 10 51 oder per E-Mail an mail@jscheurich.de

Neuenbürg: W 25.10., 9.48 Uhr, ZOB, Steig 11, L761, Einkehr Gasthof Ochsen in Mönshheim; **F** 5.12., 14.30 Uhr, Adventsfeier, Ort: Gasthaus Roter Ochsen in Neuenbürg; **TD** 0 70 82/22 63

Oberkirch: s. Kehl

Öhringen: V 21.11., 15 Uhr, Ort: Haus an der Walk.

Offenburg: s. Kehl

Pforzheim: W 25.10., 9.48 Uhr, ZOB, Steig 11, L761, Einkehr Gasthof Ochsen in Mönshheim; **W + F** 12.12., 10.30 Uhr, Rundweg Arlinger und Adventsfeier, Ort: Vereinsheim GV Arlinger; **TD** 0 70 82/22 63

Reutlingen: V 7.11., 15 Uhr, Ort: Haus der Volkshochschule, Hans-Haußmann-Saal, Spendhausstr. 6 in Reutlingen; **F** 5.12., 15 Uhr, Adventsfeier, Ort: Haus der Volkshochschule, Hans-Haußmann-Saal, Spendhausstr. 6 in Reutlingen.

Rottenburg: V 25.10., 17 Uhr, Referentin: Margarete Schaefer, stellv. Landesvorsitzende des Seniorenverbands, Thema: Aktuelles aus dem Ver-

band, Ort: Restaurant Martinshof, Zirbelstube, Eugen-Bolz-Platz in Rotenburg.

Rottweil: G 7.11., 14.30 Uhr, Ort: Jugendzentrum Sportverein Zimmern; **F** 12.12., 14.30 Uhr, Ort: Jugendzentrum Sportverein Zimmern.

Schorndorf: V 28.11., 15 Uhr, Ort: Platzhirsch; **TD** ab 19 Uhr, 0 71 81/4 82 07 78

Schwarzwald-Baar:
V 9.11., 15 Uhr, Ort: Landgasthof Adler in Mönchweiler; **F** 30.11., 15 Uhr, Adventsfeier, Ort: Landgasthof Adler in Mönchweiler; **S** nach tel. Vereinb. 0 77 20/42 33, E-Mail: Hans-Juergen.Wrobel@t-online.de

Schwäb. Gmünd: V 15.11., 15 Uhr, Ort: Spitalmühle in Schwäbisch Gmünd; **TD** 0 71 71 / 49 89 79

Schwäb. Hall: V 18.10., 14.30 Uhr, Referent: Simon Laidig, Thema: Einbruchschutz, Ort: advita Haus, Wirtsgasse 1 in Schwäbisch Hall; **V** 15.11., 14.30 Uhr, Thema: Pflegeberatung für privat Krankenversicherte, Beihilferechtere und deren Angehörige, Ort: advita Haus, Wirtsgasse 1 in Schwäbisch Hall; **F** 13.12., 14.30 Uhr, Stammtisch mit Weihnachtsfeier, Ort: advita Haus, Wirtsgasse 1 in Schwäbisch Hall.

Singen: V 16.11., 14.30 Uhr, Ort: Gasthof Siebenschläfer in Überlingen am Ried; **F** 30.11., 15 Uhr, Adventsfeier, Ort: Landgasthof Adler, Herdstr. 50 in Mönchweiler; **S** nach tel. Vereinb.

0 77 20/42 33, E-Mail: Hans-Juergen.Wrobel@t-online.de

Stuttgart: G 15.11., 14 Uhr, Unvergessene Chansons mit Marc Delpy, Ort: Kollpinghaus, Heusteigstr. 66 in Stuttgart. Anmeldung bis 6.11. bei Harald Schneider, Tel.: 07 11/8 26 19 02; **HV + F** 13.12., 14 Uhr, Jahreshauptversammlung und Adventsfeier, Ort: Kollpinghaus, Heusteigstr. 66 in Stuttgart. Anmeldung bis 1.12. bei Harald Schneider, Tel.: 07 11/8 26 19 02.

Tettngang:
 s. Friedrichshafen

Tuttlingen: G 9.11. + 14.12., 15 Uhr, Ort: Café Schlack in Tuttlingen.

Überlingen: s. Friedrichshafen

Ulm: A 11.11., Besuch der Feuerwache in Ulm, Anmeldung bis 31.10. bei Rosemarie Hanesch; **F** 12.12., 14.30 Uhr, Weihnachtsfeier, Ort: Kath. Pfarrheim Ulm-Söflingen, Harthaus Str. 36; **S** nach tel. Vereinb. 0 73 05/66 73, E-Mail: rosemarie.hanesch@senioren-oed-bw.de, www.senioren-oed-bw.de/ulm

Waiblingen: V 13.11., 14 Uhr, Referent: Thomas Sixt-Rummel, Thema: Informationen zum Pflegeheim, Ort: Seniorenzentrum Forum Mitte Waiblingen, Blumenstr. 11, Anmeldung bis 7.11. bei Eckhard Linke unter Tel.: 0 71 44/3 91 37 oder per E-Mail an e.linke@t-online.de; **G** 4.12., 14 Uhr, gemütlicher Jahresabschluss, Ort: Seniorenzentrum Forum Mitte Waiblingen, Blumenstr. 11,

Anmeldung bis 28.11. bei Eckhard Linke unter Tel.: 0 71 44 / 3 91 37 oder per E-Mail an e.linke@t-online.de; **TD** 0 71 44 / 3 91 37

Waldshut: A 17.10., 19 Uhr, Nachtwächterführung, Treffpunkt beim Haupteingang zum Münster in Bad Säckingen; **TD** 0 77 41/8 06 94

Wangen: G 2.11. + 7.12., 15 Uhr, Ort: Hotel Farny in Dürren; **TD** 0 75 62/17 04

Weinheim: V 8.11. + 13.12., 16 Uhr, Ort: Zagreb Grill, Waidallee 8; **TD** 0 62 01/8 78 33 03

Wiesloch: V 30.11., 12 Uhr, Referent: Dieter Hoffmann, stellv. Landesvorsitzender des Seniorenverbands, Thema: Aktuelles aus dem Landesverband, Ort: Gasthaus Galerie in Nußloch; **TD** 0 62 22/6 25 81, E-Mail: dorisleuchtenberger@online.de

Winnenden: V 13.11., 14 Uhr, Referent: Thomas Sixt-Rummel, Thema: Informationen zum Pflegeheim, Ort: Seniorenzentrum Forum Mitte Waiblingen, Blumenstr. 11, Anmeldung bis 7.11. bei Eckhard Linke unter Tel.: 0 71 44/3 91 37 oder per E-Mail an e.linke@t-online.de; **G** 4.12., 14 Uhr, gemütlicher Jahresabschluss, Ort: Seniorenzentrum Forum Mitte Waiblingen, Blumenstr. 11, Anmeldung bis 28.11. bei Eckhard Linke unter Tel.: 0 71 44/3 91 37 oder per E-Mail an e.linke@t-online.de; **TD** 0 71 44/3 91 37

Lesenswertes vom DBB Verlag empfohlen

Unkomplizierte Rezepte für Brot-Einsteiger



So einfach ist Brot backen

Brot und Brötchen backen ist einfach und geht oft sogar sehr schnell. Zusammengerührt sind die meisten Teige in diesem Buch in zehn Minuten, und ordentlich geknetet macht den ganzen Rest der Backofen. Dann duftet es sooo köstlich! Aber das Beste ist: Sie wissen genau, was in Ihrem Brot drin ist. Es enthält nur einfache, gute Zutaten und kommt natürlich völlig ohne Konservierungs- oder Füllstoffe aus. Einfach, lecker, gesund und knusprig!

Anzahl:

Gebunden, NGV, 112 Seiten, 7,99 Euro

Tagesabreißkalender 2024



Wie gut ist Ihre Allgemeinbildung?

Martin Doerry, Markus Verbeet

Der neue Tagesabreißkalender enthält Tag für Tag eine Frage zu den unterschiedlichsten Themen wie Politik, Geschichte, Sport oder Wirtschaft. Das eigene Wissen kann durch die Auflösung auf der Rückseite schnell überprüft werden. So hält man das ganze Jahr über sein Gehirn auf Trab und lernt gleichzeitig jede Menge Wissenswertes dazu. Das perfekte Geschenk für alle Quizfans zu Geburtstag, Weihnachten oder zwischendurch. Abmessungen: 10,2 x 4,1 x 14,2 cm.

Anzahl:

Kalender, Riva, 368 Seiten, 13 Euro

Der Bestseller aus Italien!



Intimleben

Niccolò Ammaniti

Nach außen scheint alles perfekt. Maria Cristina Palma ist schön, reich, berühmt – und die Frau des italienischen Ministerpräsidenten. Eines Tages bekommt sie ein Video auf ihr Handy geschickt, das keinesfalls an die Öffentlichkeit gelangen darf. In dem Versuch, es geheim zu halten, setzt Maria Cristina eine Kette von Ereignissen in Gang, die sie an die Grenzen ihrer Existenz bringen – und die Chance zu einer großen Veränderung in sich tragen.

Anzahl:

Gebunden, Eisele, 368 Seiten, 24 Euro

Über Liebe und Freundschaft, Weisheit und Glück



Geschichten für glückliche Stunden

Norma Schneider

Weisheit sei die epische Seite der Wahrheit, schrieb Walter Benjamin über das Erzählen. Ist es also die Weisheit von Geschichten, die uns glücklich macht und tröstet? Oder ist das Lesen von Geschichten vielleicht einfach nur ein angenehmer Zeitvertreib, bei dem wir ausblenden und vergessen können, was uns sonst bedrückt? Dieses Buch entführt uns in die weite Welt des Erzählens und schlägt einen Bogen von Boccaccio bis Virginia Woolf, von Heinrich Böll bis Sharon Dodua Otoo.

Anzahl:

Taschenbuch, Fischer, 240 Seiten, 12 Euro

Amüsante Anekdoten über das Flügengewerden



Die Ältern

Jan Weiler

„Die Kinder kommen sehr gut ohne ihre Eltern klar, denn sie können sich selber etwas zu Essen bestellen, und man kann ihnen kaum etwas beibringen, was sie nicht selber googeln könnten. Manchmal fühle ich mich regelrecht nutzlos. (...) Ich dachte lange darüber nach, und am Ende wurde mir klar: Es ist nicht nur so, dass die Kinder erwachsen werden. Wir verändern uns auch. Aus Eltern werden Ältern.“ Jan Weiler beschreibt seine humorvollen Betrachtungen des Nestflüchtens.

Anzahl:

Gebunden, Piper, 160 Seiten, 15 Euro

Pflege, Haltung, Rassen



Das große Buch der Hühnerhaltung

Axel Gutjahr

Ein frisches Frühstücksei – vor allem, wenn es vom eigenen Federvieh stammt – ist ein Genuss. Die eifrig scharrenden Hühner mit ihrem prächtigen Gefieder vermitteln das Gefühl von ländlicher Idylle, sodass sich die Geflügelhaltung im heimischen Garten steigender Beliebtheit erfreut. Was Sie wissen müssen, um Hühner artgerecht zu halten, erfahren Sie in diesem umfangreichen, reich bebilderten Ratgeber: Auswahl und Vermehrung, Gestaltung von Stall und Auslauf sowie Ernährung und Verhalten.

Anzahl:

Gebunden, NGV, 192 Seiten, 10 Euro

Aktuelle Angebote vorab erfahren – jetzt Newsletter abonnieren unter www.dbbverlag.de

Für unsere Leser versandkostenfrei!

Einfach diesen Bestellcoupon ausfüllen, die gewünschte Anzahl eintragen und per Post oder Fax unter 030.7261917-49 abschicken.

Name/Vorname

Straße PLZ/Ort

Kontakt bei Rückfragen (Telefon/E-Mail)

Datum/Unterschrift



Friedrichstraße 165 • 10117 Berlin
Telefon 030.7261917-23 • Telefax 030.7261917-49
E-Mail: vertrieb@dbbverlag.de • www.dbbverlag.de

Widerrufsrecht: Sie haben das Recht, binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Frist beginnt mit Absendung dieser Bestellung. Zur Einhaltung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an: DBB Verlag GmbH, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin, Tel.: 030.7261917-23, Fax: 030.7261917-49, E-Mail: vertrieb@dbbverlag.de

Werbeeinwilligung: Ja, ich bin damit einverstanden, dass mich der DBB Verlag über eigene Produkte (gedruckte und elektronische Medien) und Dienstleistungen über den Postweg oder per E-Mail informiert. Die von mir gemachten freiwilligen Angaben dürfen zu diesem Zweck gespeichert, verarbeitet und genutzt werden. Der werblichen Verwendung meiner Daten kann ich jederzeit widersprechen, entweder durch Mitteilung per E-Mail an vertrieb@dbbverlag.de, per Post an DBB Verlag GmbH, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin, per Fax an 030.7261917-49 oder telefonisch unter 030.7261917-23. Im Falle des Widerspruchs werden meine Angaben ausschließlich zur Vertragserfüllung und Abwicklung meiner Bestellung genutzt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

das Bürgerforum hat sich nun zum ersten Mal getroffen, um zu debattieren, ob der Weg zum Abitur in Baden-Württemberg grundsätzlich weiterhin über das G8 laufen soll oder ob eine grundsätzliche Rückkehr beziehungsweise eine Wahlmöglichkeit zum G9 sinnvoll ist.

Die Idee eines Bürgerforums sieht auf den ersten Blick recht charmant aus. Vermittelt so ein Forum doch den Eindruck nach Basisdemokratie. Bei einer wirklich wichtigen Frage soll das Volk gefragt beziehungsweise gehört werden. Mehr direkte Demokratie ist nur durch deutlich höheren Aufwand zu bewerkstelligen.

Schaut man sich jedoch die Umsetzung dieses Bürgerforums etwas genauer an und vor allem dessen Zweck, schwindet dieser gute erste Eindruck und Skepsis macht sich breit. So geht es zumindest mir. Als Mitglieder und Diskutanten des Bürgerforums wurden 64 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg durch Auslosung bestimmt, die die Vielfalt der Bevölkerung in Baden-Württemberg abbilden sollten. Am Ende der Debatten soll das Forum Anfang Dezember 2023 der Landesregierung eine Empfehlung vorlegen ob acht oder neun Jahre gymnasiale Bildung im Land zum Abitur führen sollen. Diese Empfehlung ist aber völlig unverbindlich, das heißt, die Landesregierung kann sie mit den altbekannten Argumenten, insbesondere dass eine Rückkehr zum G9 ungefähr 1 400 zusätzliche Stellen für Lehrkräfte kosten würde, ab-



schmettern oder zumindest auf unbestimmte Zeit verschieben.

Dass in Baden-Württemberg Lehrkräftemangel herrscht, ist nicht gerade neu. Das Kultusministerium hat darauf mit einem Maßnahmenkatalog reagiert, der jedoch zu großen Teilen unter Finanzierungsvorbehalt gestellt wurde. Für mich genau der falsche Weg. Wer jetzt an der Bildung spart, riskiert den Wohlstand der Zukunft.

In den meisten übrigen Bereichen der öffentlichen Verwaltung sieht es in Bezug auf den Personalmangel kein bisschen besser aus. Egal ob in der Justiz, bei der Polizei, in der technischen Fachverwaltung oder in der Finanzverwaltung, überall werden händeringend qualifizierte Leute gesucht. Die Stellen sind da, doch sie bleiben unbesetzt und das vorhandene Personal muss es ausbaden und büßen. Der Fachkräfte- und der Arbeitskräftemangel wird immer größer. Qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber können es sich aussuchen, bei welchem Arbeitgeber sie arbeiten wollen.

Der öffentliche Dienst ist als Arbeitgeber durchaus interessant. Kaum ein anderer Arbeitgeber kann mit Sinn-

Aktuelles aus dem BBW Magazin

haftigkeit der Tätigkeit ernsthaft konkurrieren. Beim Gehalt muss man aber, verglichen mit der Privatwirtschaft, schon Abstriche machen und auch bei der Wochenarbeitszeit haben öffentlich Beschäftigte vielfach das Nachsehen.

Trotz elf Jahre anhaltender Konjunktur war man nicht bereit, die Wochenarbeitszeit, die 2003 aufgrund der Finanzkrise 2002 erhöht wurde, wieder zurückzufahren und damit die Rahmenbedingungen im öffentlichen Dienst attraktiver zu gestalten. Auf die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten warten Beamtinnen und Beamte nun schon mehr als zehn Jahre. Zugesagt sind sie uns schon lange, auf einen konkreten Zeitpunkt der Umsetzung warten wir noch immer.

Am 26. Oktober 2023 beginnt die erste Verhandlungsrunde des Tarifvertrages der Länder (TV-L). Zwei Wochen davor, am 11. Oktober 2023, werden wir in Berlin unsere Tarifforderung beschließen. Die Inflation ist noch immer hoch und die Erwartungen der Tarifbeschäftigten, der Beamtinnen und Beamten sowie der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger sind entsprechend. Zwei Jahre mit Reallohnverlusten müssen ausgeglichen werden. Sollte kein ordentlicher Abschluss mit entsprechender Eins-zu-eins-Über-



tragung auf die Beamtenschaft und den Versorgungsbereich erzielt werden, wird das Personalproblem noch größer werden. Viele Kolleginnen und Kollegen denken derzeit über einen Wechsel nach, und sei es auch nur zum Bund oder zu den Kommunen. Verdienen kann man es ihnen nicht.

Wir werden zusammen mit dem dbb sowie unseren Fachgewerkschaften und Verbänden für einen guten Tarifabschluss kämpfen. Seien Sie bereit und zeigen Sie als Tarifbeschäftigte den Mut zum Streik beziehungsweise zur Teilnahme an unseren Demos. Bei Letzteren rechnen wir auch mit unseren Beamtinnen und Beamten sowie den Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern. Nur ein starker öffentlicher Dienst mit ausreichend Personal und fairer Bezahlung kann die Herausforderungen meistern, die die Zukunft zweifellos für uns bereithält.

Herzliche Grüße

Ihr

Kai Rosenberger

Vorschläge zur Bekämpfung des Lehrkräftemangels und zur Lehrkräftegewinnung Attraktivitätssteigerung des Lehrerberufs darf nicht am Geld scheitern – BBW fordert Taten

Der BBW fordert die Landesregierung auf, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um dem Lehrkräftemangel wirksam zu begegnen. Maßnahmen wie die Rückholaktion pensionierter Lehrkräfte, die Motivation von Teilzeitkräften zur Mehrarbeit oder das geplante Pilotprojekt Duales Lehramtsstudium reichten nicht aus. Entscheidungen zur Attraktivitätssteigerung des Lehrerberufs unter Finanzierungsvorbehalt zu stellen, sei das falsche Signal, sagte BBW-Chef Kai Rosenberger am 13. September 2023 vor Vertreterinnen und Vertretern der Landespresse und forderte Taten.

Die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten sei nur ein Baustein im Maßnahmenkatalog seiner Organisation. Vor dem Hintergrund der kontinuierlich wachsenden Zahl geflüchteter Schülerinnen und Schüler müsse auch umgehend die Möglichkeit zur Einstellung vollausgebildeter ausländischer Lehrkräfte geschaffen werden, betonte Rosenberger.

Zugleich erinnerte der BBW-Vorsitzende daran, dass Lehrkräfte seit eh und je durch freiwillige Mehrarbeit dort unterstützen, wo ein Mangel besteht. Dies belegten die hohen Bugwellen an Mehrarbeitsstunden, die Lehrerinnen und Lehrer seit Jahren ansammelten. Mit der längst überfälligen Einführung von Lebensarbeitszeitkonten könnte endlich das hohe Deputat baden-württembergischer Lehrkräfte gesenkt und ein rechtlicher Rahmen für freiwillige Mehrarbeit geschaffen werden, mahnte Rosenberger. Notwendig seien zudem verbesserte Rahmenbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer, angemessene Gehälter und ein Bündel weiterer Maßnahmen für mehr Wertschätzung des vorhandenen Personals, um nachhaltig die Attraktivität des Lehrerberufs zu stärken.

Einen entsprechenden Maßnahmenkatalog hat die BBW-Kommission Bildung und Wissenschaft (KBW) erarbeitet. Vorgestellt wurde das Papier von BBW-Vize Tina Stark, die



> Bezogen vor Mitgliedern der Landespressekonferenz Position (von links): BBW-Chef Kai Rosenberger und die Vorsitzende der BBW-Kommission Bildung und Wissenschaft und BBW-Vize, Tina Stark (BLV). Die Moderation hatte Ruben Moratz (SWR) übernommen.

auch Vorsitzende der KBW ist. Sie führte detailliert aus, was aus Sicht des BBW falsch läuft und was zu tun ist. Dem Kultusministerium hielt die Kommissionsvorsitzende vor, es habe zwar Maßnahmen zur kurz- und langfristigen Lehrkräftegewinnung auf den Weg gebracht, positive Neuerungen allerdings nicht. Zugleich warf sie dem Ministerium vor, es habe aufgrund von pauschalen Einschränkungen in seinem 18-Punkte-Plan zur Unterrichtsversorgung vom Frühjahr 2023 das Vertrauen der Lehrkräfte nachhaltig geschädigt. Die verkündeten Einschränkungen bei Teilzeit und Sabbatjahr hätten allgemein zu großer Verunsicherung und Frust auch bei jenen geführt, die gar nicht betroffen waren. Was bleibt, sei die allgemeine Sorge, dass sämtliche Teilzeitmöglichkeiten eingeschränkt werden, so

Tina Stark. Die KBW rate dem Kultusministerium daher dringend von weiteren Schnellschüssen ab und fordere die Behörde auf, entsprechende Maßnahmen im Vorfeld mit den gewerkschaftlichen Vertretungen der Betroffenen zu erörtern, erklärte die Kommissionsvorsitzende.

▶ **Angemessene Bezahlung, Beförderungs- und Entwicklungsmöglichkeiten**

Eine nachhaltige und langfristig angelegte Einstellungs politik ist aus Sicht der KBW ausschlaggebend, um potenzielle Nachwuchskräfte für den Lehrerberuf zu interessieren und sie nach dem Studium als Lehrkräfte zu gewinnen. Dies könne jedoch nur gelingen, wenn die Gehälter, die Beförderungsmöglichkeiten und die Entwicklungsmöglichkeiten sowie die Arbeitsbedin-

gungen stimmen. Dies alles lasse hierzulande allerdings zu wünschen übrig.

Baden-Württemberg müsse im Wettbewerb mit den Bundesländern mitziehen, die ihre Absicht bekundet haben, für Lehrkräfte von Grund-, Haupt-, Werkreal-, Real- und Gemeinschaftsschulen die Besoldung anzuheben. Ob die Besoldungs- und Versorgungsänderungsgesetz 2022 (BVAnp-ÄG 2022) trotz Einführung des Bürgergelds zum 1. Januar 2023 noch verfassungskonform ist, müsse die Überprüfung durch ein neues Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht erst noch zeigen, sagte Tina Stark.

Klar und deutlich sind auch die Forderungen der Kommission zur Einstellung neuer Lehrkräf-

te. Diese müsse zum Schuljahresbeginn, also zum 1. August, erfolgen. Nur so könnten Referendarinnen und Referendare gebunden und die Einstellung mit Teilzeitdeputaten reduziert werden. Daneben fordert die KBW verbesserte Beförderungsmöglichkeiten für Fachlehrkräfte für musisch-technische Fächer und Sonderpädagogik sowie für Technische Lehrkräfte.

Arbeitsbedingungen verbessern

Was die Arbeitsbedingungen von Lehrkräften betrifft, liegt aus Sicht der Kommission einiges im Argen. Die wöchentliche Pflichtstundenzahl sei im Vergleich zu anderen Bundesländern hoch. Hinzu kämen volle Klassen, Inklusion und

Migration sowie zunehmender Aufwand für Verwaltungstätigkeiten. Dies alles seien Herausforderungen, die kaum noch zu bewältigen sind, sagt die Kommissionsvorsitzende. Deshalb müssten Klasseanteile und Höhe der Deputate auf den Prüfstand, die Sinnhaftigkeit von Verwaltungsaufgaben überprüft und bei Bedarf zusätzliches Personal zur Entlastung der Lehrkräfte und Schulleitungen eingestellt werden. Darüber hinaus fordert die Kommission ein attraktives Altersteilzeitmodell für alle Lehrkräfte, die Erhöhung der Altersermäßigung und eine deutliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Austritte aus dem Schuldienst und vorzeitige Pensionierungen könnten dadurch vermieden werden.

Neue Impulse für die Ausbildung und Bindung von Beschäftigten

Neue Impulse brauche es auch bei der Lehrkräfteausbildung, damit diese unter anderem auch den Anforderungen durch die technischen Weiterentwicklungen gerecht wird. Neben einer besseren Abstimmung zwischen Kultus- und Wissenschaftsministerium sei es sinnvoll und zielführend, hierbei auch die Seminare für Ausbildung und Fortbildung der Lehrkräfte einzubeziehen. Die neuen dualen lehramtsbezogenen Masterstudiengänge zum Wintersemester 2024/2025 bewertet die Kommission positiv. Parallel dazu fordert sie berufs begleitende Qualifizierungsmaßnahmen für im Dienst befindliche Per-

sonen sowie die Abschaffung bürokratischer Hürden für potenzielle Direkteinsteiger. Ihnen müsse man attraktive Angebote machen. Lehrkräften für Mangelfächer sollte man konkurrenzfähige Zulagen anbieten, um einer Abwanderung in die Privatwirtschaft vorzubeugen oder sie gar von dort zu gewinnen, und ausländischen Lehrkräften sei eine berufsbegleitende Qualifizierung zu ermöglichen. Zudem sei die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Kooperationen zwischen Kommunen und Schulträgern zur Förderung der Kinderbetreuung zu verbessern, nicht zuletzt mit dem Ziel, den Teilzeitanteil aus familiären Gründen zu reduzieren und Lehrkräfte früher und mit höherem Deputat zurück an die Schulen zu bringen.

Gewalt gegen öffentlich Beschäftigte

BBW engagiert sich in interministerieller Arbeitsgruppe und in Projektarbeit

Nicht zuletzt aufgrund zahlreicher Studien und Untersuchungen wurde deutlich, dass mehr als die Hälfte aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst schon einmal beleidigt wurden, jeder Vierte körperliche Angriffe erlebt hat. Auch Bedrohungen und andere Formen von Aggression und Respektlosigkeit sind inzwischen im Berufsalltag alltäglich.

Gewalt, Aggression und respektloses Verhalten gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes haben ein besorgniserregendes Niveau erreicht – Tendenz weiter steigend. Für manche Berufsgruppen ist die Situation mittlerweile unerträglich. Nach einer gemeinsamen Grundsatzklärung des Innenministeriums mit den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden und den kommunalen Landes-

verbänden wurde unter anderem auch eine interministerielle Arbeitsgruppe eingerichtet, der der BBW angehört.

Am 14. September 2023 fand im Innenministerium der zwei-

te Workshop dieser interministeriellen Arbeitsgruppe zur Erarbeitung einer ressortübergreifenden Landeskonzeption zur Bekämpfung von Gewalt und Übergriffen gegen öffentliche Beschäftigte statt. Hierbei

wurden unter anderem die Beschlussempfehlungen für die Inhalte einer Landeskonzeption erörtert und abgestimmt. Bevor diese Beschlüsse und die Konzeption dem Lenkungsgremium vorgestellt werden, muss noch eine Abstimmung der beteiligten Ressorts erfolgen. Zu einem späteren Zeitpunkt sollen die Ergebnisse dann vom Kabinett gebilligt werden.

Überdies hat die im Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen angesiedelte Geschäftsstelle der Gemeinsamen Zentralstelle für Kommunale Kriminalprävention (GeZ KKP) gemeinsam mit Verbund- und assoziierten Partnern den Zuschlag für ein vom Bund gefördertes und finanziertes Forschungsprojekt erhalten, um ein digitales Instrument zur Erfassung von



Die Vertreterinnen des GeZKKP mit dem stellvertretenden Landesvorsitzenden des BBW (von links): Dr. Ines Hohendorf, Franziska Müller, Joachim Lautensack, Antonia Klein

Gewaltvorfällen gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in Baden-Württemberg zu entwickeln (Projekt InGe). Weder in Baden-Württemberg noch deutschlandweit existiert derzeit solch ein umfassendes Lagebild zur Erhebung physischer und psychischer Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. Nicht zuletzt vonseiten der Gewerkschaften und Verbände wurde auf diesen Mangel stän-

dig hingewiesen. Die Interessen des BBW – Beamtenbund Tarifunion und seiner Mitglieder vertritt in dieser interministeriellen Arbeitsgruppe sowie im Projekt InGe der stellvertretende Landesvorsitzende Joachim Lautensack. „Die Erwartungshaltung der Kolleginnen und Kollegen ist berechtigterweise hoch und der Druck enorm“, sagt Lautensack. Sorgen bereitet nicht nur dem BBW, dass die Folgefinanzierung des Pro-

jekts nach dem Auslaufen der Bundesförderung sowie auch die Finanzierung einer neu zu schaffenden zentralen, landesweiten Ansprechstelle für Gewaltprävention mit qualifiziertem Personal und den notwendigen finanziellen Mitteln noch nicht gesichert ist. „Wenn die Fortführung des InGe-Projekts oder die Empfehlungen der interministeriellen Arbeitsgruppe nicht finanziell gesichert werden oder die dringend notwen-

digen Maßnahmen nur irgendwo auf bestehende Strukturen der Verwaltungen draufgesetzt werden, dann wäre dies ein Beweis dafür, dass der Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Baden-Württemberg nichts kosten darf und dass damit alle politischen Bekundungen wieder einmal nichts anderes außer heiße Luft gewesen wären“, so Joachim Lautensack am Ende des konstruktiven Workshops. ■

Regionalkonferenz in Stuttgart zur Einkommensrunde TV-L 2023

BBW-Chef: Jetzt gilt es, Reallohnverluste der vergangenen Jahre zu kompensieren

Personalmangel, wohin das Auge reicht – im Vorfeld der Einkommensrunde TV-L haben Fachgewerkschaften aus Baden-Württemberg Probleme erörtert und Lösungen besprochen.

„Der Personalmangel ist mittlerweile in fast allen Bereichen des öffentlichen Dienstes unübersehbar“, sagte Volker Geyer, dbb Tarifchef, auf der dritten dbb Regionalkonferenz in Stuttgart am 12. September 2023. Dies führe dazu, dass sich die Servicequalität für die Bürgerinnen und Bürger verschlechtert. „Wenn der öffentliche Dienst Personal gewinnen und halten will, ist die Bezahlung ein ganz entscheidender Faktor. Das bei der Arbeitgeberseite durchzusetzen und dort gar auf Verständnis zu stoßen, wird nicht einfach. Wir werden ordentlich Druck machen müssen“, betonte Geyer.

Auch BBW-Chef Kai Rosenberger verwies auf den Fach- und Arbeitskräftemangel, der schon heute historische Ausmaße angenommen habe und sich noch deutlich ausweiten werde, und warnte: „Krisen und Transformation werden

nicht die Ausnahme darstellen, sondern zur Regel werden.“ Die Digitalisierung könne zwar helfen, den Personalmangel abzumildern, doch ein Allheilmittel sei sie nicht. Worauf sich der öffentliche Dienst einstellen muss, zeigten beispielsweise Prognosen für die Steuerverwaltung auf. Demnach werde dieser im Jahr 2030 rund 30 Prozent weniger Beschäftigte zur Verfügung stehen. Auf solche Prognosen gelte es jetzt zu reagieren, mahnte Rosenberger. Die öffentlichen Arbeitgeber und Dienstherren dürften



> Volker Geyer, dbb Tarifchef (Mitte), mit BBW-Vorsitzendem Kai Rosenberger (rechts) und BBW-Vize Joachim Lautensack (links)



> BBW-Chef Kai Rosenberger bezieht Position.



> Der Tarifchef des dbb (links) steht Rede und Antwort.

„Endlich beginnen die Tarifverhandlungen zum TV-L. Die hohe Inflation zieht uns schon viel zu lange das Geld aus der Tasche. Egal, ob Miete, Strom oder Lebensmittel, die Preise sind extrem gestiegen“ – es sei höchste Zeit für ordentliche Lohnzuwächse.

Die endgültigen Forderungen des dbb für die Einkommensrunde werden am 11. Oktober 2023 in Berlin beschlossen. Es sind drei Verhandlungsrunden für den 26. Oktober 2023, den

2. bis 3. November 2023 sowie den 7. bis 9. Dezember 2023 vereinbart. Betroffen sind etwa 3,5 Millionen Beschäftigte: Di-



> Kritisch nachgefragt

nicht nur versuchen, die offenen und durch Altersabgänge freiwerdenden Stellen neu zu besetzen, sondern müssten verstärkte Anstrengungen un-
ternehmen, um ihre Beschäftigten zu halten. Dabei spielten die Gehälter eine entscheidende Rolle. Ob die Gehälter angemessen sind, darüber entscheidet letztlich der Markt, sagte der BBW-Vorsitzende und unterstrich: „Bei den anstehenden Tarifverhandlungen zum TV-L müssen wir die Chance nutzen, die Reallohnverluste

der vergangenen zwei Jahre zu kompensieren und faire Bedingungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sicherzustellen.“

Philipp Weimann, Bundesjugendsprecher der Gewerkschaft Strafvollzug (BSBD), betonte: „Die Auswirkungen der Inflation müssen bei der Gehaltsstruktur berücksichtigt werden.“ Edmund Schuler, Bundestarifbeauftragter der Deutschen Polizeigesellschaft (DPoIG), pflichtete ihm bei:



> BBW-Vize Alexander Schmid meldet sich zu Wort.

rekt ca. 1,1 Millionen Tarifbeschäftigte der Bundesländer (außer Hessen), indirekt ca. 1,4 Millionen Beamtinnen und Beamte der entsprechenden Länder und Kommunen sowie rund eine Million Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger.



> Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Regionaltagung

Landessenientagung 2023 – Joachim Lautensack löst Waldemar Futter ab

Wechsel an der Spitze und im Vorstandsgremium der Landesseniorenvertretung

33 Delegierte – alles engagierte lebens-, berufs- und gewerkschaftserfahrene Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter aus den BBW-Landesfachverbänden der Polizei, dem Schul- und Hochschulbereich, der Steuerverwaltung, der Justiz, des Seniorenverbands öffentlicher Dienst ... bis hin zum Bundesfachverband aus dem Zoll – nahmen an der Landessenientagung der BBW-Landesseniorenvertretung im Neubau des Gastgebers Wüstenrot Bausparkasse in Kornwestheim teil.

Kai Rosenberger, der BBW-Vorsitzende, gab seinen Seniorinnen und Senioren wie immer die Ehre und informierte über die aktuellen Herausforderungen für den Beamtenbund im Land und im Bund.

Hans-Joachim Quast, der Vertreter des „Hausherrn und Partner“ im dbb vorsorgewerk, begrüßte alle Teilnehmenden sehr herzlich und informierte sie über die finanziellen Vorteile des Bausparens beim Marktführer Wüstenrot für Mitglieder im BBW und ihre Kinder, über das neue „Heizungsgesetz“, über die Kreditfähigkeit älterer Menschen bei Wüstenrot

Kai Rosenberger hielt die „Festrede“: Er informierte die Delegierten sach- und detailkundig über den Fach- und Arbeitskräftemangel, die Auswirkungen der künstlichen Intelligenz auf den öffentlichen Dienst, die zunehmende Mobilität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, den ständigen Kampf um einen gerechten Tariflohn, eine angemessene Alimentation für Besoldungs- und Versorgungsberechtigte, die anstehende Klagen, des Richterbunds, über den juristischen Kampf der GEW für das Streikrecht für Beamtinnen und Beamte, den der BBW ablehnt, über das das vorbildliche duale Krankenversicherungssystem



> BBW-Chef Kai Rosenberger (Mitte) mit dem bisherigen Vorsitzenden der BBW-Landesseniorenvertretung, Waldemar Futter (rechts), und seinem Nachfolger Joachim Lautensack (links)



© BBW (2)

> Das neue Vorstandsgremium (von links): Anni Combé-Walter (BLV), stellvertretende Vorsitzende; Vorsitzender Joachim Lautensack (DPoIG); Rosemarie Hanesch (Seniorenverband), stellvertretende Vorsitzende; Dorothea Faisst-Steigleder (DSTG), 1. stellvertretende Vorsitzende; BBW-Chef Kai Rosenberger; Rudolf Forcher (VdV), stellvertretender Vorsitzender

untergrabende Hamburger Modell, über das Sondervermögen zur Unterstützung des Landeshaushalts bei künftigen Pensionszahlungen ... Der Dank an den Vorstand der BBW-Landesseniorenvertretung und für die exzellente Zusammenarbeit mit Waldemar Futter und Joachim Lautensack, den aktuellen Vorsitzenden im Seniorenverband und Mitglied in der Landesleitung, mündete in einem flammenden Appell an die Pensionärinnen und Pensionäre: „Nehmt teil an den gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen im Herbst! Legt damit den Grundstein für einen guten Abschluss im TV-L und eine vollständige Übertragung auf die Besoldungs- und Versorgungsberechtigten! Denn wir haben es redlich verdient!“

Waldemar Futter berichtete über die Arbeit des Vorstands der BBW-Landesseniorenvertretung auf der Grundlage der BBW-Richtlinien für diese Aufgabe in der abgelaufenen Wahlperiode 2018 bis 2023. Erfolge gab es im BBW: Die Anliegen der Seniorinnen und Senioren wurden vom Vorsitzenden und der Landesleitung stets gehört und erhört sowie tatkräftig unterstützt. Die Landesseniorenvertretung hat für ihre Anliegen ein Vortragsrecht in der Landesleitung. Erfolge gab es auch im dbb, maßgeblich herbeigeführt durch die baden-württembergischen Delegierten: Die Bundesseniorenvertretung hat jetzt jeweils einen Sitz mit beratender Stimme in der Bundesleitung und in der Bundestarifkommission. Die Bundesehrennadelträger, darunter auch Horst Bäuerle, werden wieder wertgeschätzt, und die Mitglieder der dbb bundesseniorenvertretung nehmen auf Kosten des dbb an der dbb Jahrestagung „Bad Köln“ teil.

Die Coronapandemie warf dunkle Schatten, erschwerte die Arbeit erheblich und verhinderte über zwei Jahre hin-

weg Präsenzveranstaltungen, die nur teilweise durch digitale Formate ersetzt werden konnten. Die Vorsicht des Vorstands wurde belohnt: Keine Erkrankung, kein Todesfall infolge seiner Entscheidungen. Der Vorstand wurde ohne Gegenstimmen unter Beifall entlastet.

Drei Mitglieder des Vorstands beendeten ihre Arbeit in der Landesseniorenvertretung: Waldemar Futter, Bernhard Freund und Siegfried Zeiher. Sie verabschiedeten sich selbstbestimmt, aber schweren Herzens und schweren Fußes unter dem Beifall der Delegierten. Der Abschied wurde ihnen jedoch sehr erleichtert: Denn die Arbeit geht unvermindert mit hoher Schlagkraft und Schlagzahl weiter.

Joachim Lautensack, ehemaliger Vorsitzender der DPoIG, aktueller Vorsitzender des Seniorenverbands öffentlicher Dienst BW, mehrfach schon Stellvertreter in der Landesleitung des BBW unter Volker Stich und Kai Rosenberger, bestens vernetzt mit der Landespolitik und den Spitzen in Ministerien und Zentralbehörden des Landes, stellte sich zur

Wahl, wurde einstimmig und unter Applaus zum neuen Vorsitzenden gewählt. Dorothea Faisst-Steigleder aus der DSTG, erfahrene Tarifvertreterin in Bund und Land, Frau der ersten Stunde in Organen der Personalvertretung, in der Landesseniorenvertretung, „16-Endlerin“ in fast allen Belangen des Beamtenbunds, bekannt „wie ein bunter Hund“ und bestens vernetzt, stellte sich wieder zur Wahl, wurde einstimmig und unter Applaus zur 1. stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Anni Combé-Walter aus dem BLV, Rudolf Forcher aus dem VdV und Rosemarie Hanesch aus dem Seniorenverband, alle drei hoch kompetent durch ihre Lebenserfahrung und bestens vernetzt durch ihre bisherigen Laufbahnen im Beruf, in den Fachverbänden, kandidierten als Stellvertreter, wurden einstimmig und unter Applaus gewählt. Alle nahmen die offene Wahl an und freuen sich auf die Aufgabe. Kai Rosenberger gratulierte und freut sich auf die Zusammenarbeit.

Joachim Lautensack skizzierte in seiner Antrittsrede schwungvoll und engagiert die

Schwerpunkte seiner neuen Arbeit als Landesvorsitzender der BBW-Landesseniorenvertretung, bot gute Kooperation mit dem BBW-Vorsitzenden, der Landesleitung, den Landesfachverbänden und dem Seniorenverband an. In der disziplinierten Aussprache beklagten die Delegierten vor allem die überlangen, ja unzumutbaren Bearbeitungszeiten in der Beihilfe durch das LBV und neuerdings auch durch den KVBW. Neue Varianten von möglichen Maßnahmen, die zur Abhilfe führen könnten, wurden diskutiert. Joachim Lautensack informierte kenntnisreich über den aktuellen Stand und über die bereits laufenden Maßnahmen sowie über neue Initiativen des BBW, der BBW-Landesseniorenvertretung und des Seniorenverbands. Mit seinem Dank an Waldemar Futter und die bisherigen Mitglieder der BBW-Landesseniorenvertretung beendete er unter langanhaltendem Beifall die Landesseniorentagung 2023 pünktlich wie geplant.

Waldemar Futter

Neubesetzung des Normenkontrollrats

Freiburger Ex-OB wird neuer Vorsitzender

Das Land hat die Neubesetzung und inhaltliche Neuausrichtung des Normenkontrollrates Baden-Württemberg beschlossen. Der frühere Freiburger Oberbürgermeister Dieter Salomon (Grüne) wird neuer Vorsitzender des Gremiums, das für weniger Bürokratie in Baden-Württemberg sorgen soll. Ministerpräsident Winfried Kretschmann be-

zeichnete Salomon als „Idealbesetzung“. Er wisse, wo Wirtschaft, Verwaltung und Privatpersonen durch Bürokratie belastet sind, so der Regierungschef.

In dem neuen Gremium soll es anders als bisher frühzeitig um Praxischecks bei neuen Regelungen gehen. Auch soll der neue Rat enger in die Aktivität-

ten der Regierung eingebunden werden. „Wir wollen weg von einem Kontrollgremium hin zu einem echten Beratungsgremium“, sagte Kretschmann und wies darauf hin, dass sich der neue Normenkontrollrat mit seiner Expertise auch in die Entlastungsallianz einbringen werde. Dem neuen Normenkontrollrat gehören neben Salomon

auch Susanne Herre, Hauptgeschäftsführerin der IHK Region Stuttgart, Alexander Kozel, Bürgermeister in Knittlingen, Margret Mergen, Ex-OB von Baden-Baden, Adrian Probst, Bürgermeister St. Blasien, und Dorothea Störr-Ritter, Landrätin des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald und Mitglied im Nationalen Normenkontrollrat, an. ■

Hauptversammlung der dbb bundesfrauenvertretung tagt in Nürnberg

Im Fokus: die Gleichstellung von Frauen

Die Hauptversammlung der dbb bundesfrauenvertretung fand vom 7. bis 9. September 2023 auf Einladung des Bayerischen Beamtenbundes (BBB) in Nürnberg statt. Zentrale Themen der Veranstaltung waren die Gleichstellung von Frauen, die Vereinbarkeit von Beruf sowie Familie und der Personalmangel im öffentlichen Dienst.

Nach der Begrüßung der Teilnehmenden durch Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, sprach Rainer Nachtigall, der Landesvorsitzende des BBB und Gastgeber der Veranstaltung. Er stellte zunächst seinen Landesverband vor, dem 55 Einzelgewerkschaften angehören, bevor er sich kritisch zu Sachfragen äußerte. So betonte er beispielsweise, wie wichtig die Implementierung der Gleichstellung ist. Zugleich wies er auf entsprechende Mängel im bayerischen Chancengleichheitsgesetz, das deshalb auch dringend novelliert werden müsste. Positiv vermerkte er, dass die Rahmenbedingungen für Beschäftigte, die Angehörige pflegen, genauso geregelt sind wie die Betreuung und Versorgung von Kindern. Hier gebe es keine Benachteiligung mehr.

Der bayerische Finanzminister Albert Füracker thematisierte in seinem Grußwort den Personalmangel im öffentlichen Dienst und verwies darauf, dass Bayern für seine Beamten Geld in die Hand nehme. Der Freistaat weise schließlich die

höchsten Personalkosten im ganzen Bundesgebiet aus. Das komme nicht von ungefähr, so Füracker. In Bayern wisse man, wie wichtig die Beschäftigten im öffentlichen Dienst für einen funktionierenden Staat sind, und berücksichtige dies auch. Zudem betonte er die Notwendigkeit, den Anteil von Frauen in Führungspositionen zu erhöhen. Teilzeit dürfe dabei kein Hemmschuh sein. In seinem Haus setze man sich dafür mit Erfolg ein, betonte der Finanzminister. So gebe es beispielsweise auch Tandems in Führungspositionen, sprich Frau und Mann, die sich einen Führungsposten teilten.

Nächster Redner war Volker Geyer, dbb Vize und Fachvortrag Tariffolitik, der die Mitglieder der Hauptversammlung über die anstehenden Tarifverhandlungen der Länder informierte, die am 26. Oktober 2023 mit der ersten Verhandlungsrunde starten.

Die Vorsitzende der dbb frauen, Milanie Kreutz, und weitere Mitglieder der Geschäftsführung berichteten im Anschluss über ihre Arbeit in den zurück-

liegenden sechs Monaten. Ein Glanzlicht sei dabei ihre Teilnahme an der 67. Frauenrechtskommission der Vereinten Nationen (UN) als Mitglied der Delegation der Deutschen Bundesregierung in New York gewesen, sagte Milanie Kreutz. Gleichstellungsthemen würden schließlich keine Ländergrenzen kennen. Um schlechterbasierte Ungleichheiten auszumerzen, müssten weltweit gemeinsame Standards und Maßnahmen entwickelt werden, betonte Kreutz. Internationale und multilaterale Organisationen wie die Vereinten Nationen und die Europäische Union spielten etwa durch die Entwicklung von Programmen und Richtlinien sowie beim Monitoring von Fortschritten eine wichtige Rolle bei der Förderung der Gleichstellung.

Der zweite Tag der Sitzung begann mit einer Podiumsdiskussion, an der Mitglieder des Bayerischen Landtags teilgenommen haben. Neben der stellvertretenden dbb Bundesvorsitzenden und Vorsitzenden der dbb bundesfrauenvertretung, Milanie Kreutz, diskutierten Elmar Hayn, Sprecher für Fragen des öffentlichen Dienstes des Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag, Arif Taşdelen, stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender und Sprecher der SPD-Landtagsfraktion für Fragen des öffentlichen Dienstes, Gabi Schmidt, Sprecherin Frauen und Gleichstellung der Freien Wähler im Bayerischen Landtag, und Matthias Fischbach, bildungspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag, mit

dem Publikum über das Thema: „Ganztagsbetreuung, gerechte Aufteilung von Care-Arbeit oder bessere Finanzierung?“

Am Nachmittag wurden die Mitglieder der Hauptversammlung vom Nürnberger Oberbürgermeister Marcus König empfangen. Im Schönen Saal des Nürnberger Rathauses haben sich die dbb Frauen mit Oberbürgermeister König zu aktuellen frauenpolitischen Themen auf den unterschiedlichen politischen Ebenen und vor allem in der Kommune Nürnberg ausgetauscht. Der anschließende Besuch des Museums der Zukunft, absolut sehenswert und ein Highlight, rundete das Programm ab. Der letzte Tag war dem Austausch unter den dbb frauen gewidmet. Die Lageberichte aus den Bundesländern und von den Fachgewerkschaften sind immer interessant und bringen die Frauenvertreterinnen auch thematisch voran. Häufig diskutierte Punkte waren die angestrebten Haushaltskürzungen, die zulasten der Familien und am Ende auch dazu führen, die gemachten Fortschritte in Sachen Gleichstellung zu untergraben, und der Inflationsausgleich für Teilzeitkräfte, der anteilig gezahlt wird. Ein großes Thema wurde hier seitens der Lehrerverbände aufgeworfen – die Gewalt, die von Eltern und Schülern kommt. Wie damit umgehen?

Heidi Deuschle, die Vorsitzende der BBW-Landesfrauenvertretung, zieht Bilanz: „Wir alle haben wieder viele Informationen und Anregungen mitgenommen. Nürnberg war auf jeden Fall eine Reise wert.“ ■



© Matthias Merz

> Die Mitglieder der Hauptversammlung der dbb Bundesfrauenvertretung in Nürnberg